

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Dezember.

Zur Kollerkrisis. Gerüchte über Gerüchte schwirren in der Luft herum. Zu Duzenden werden jetzt die Kandidaten namhaft gemacht, die Herrn v. Koller ersetzen sollen. Dazwischen wird dann aber auch noch der Einwand aufgeworfen: Wer weiß denn, ob Koller wirklich geht? Ja, wer weiß das, wer weiß überhaupt mit Sicherheit zu sagen, was der Kurs der nächsten Tage sein wird?

Interessanter als diese Zukunftsspekulationen sind verschiedene Mittheilungen, die über den Verlauf der Kollerkrise nachträglich durchsickern. Zu der Zurückziehung des Strafantrages gegen Professor Delbrück wird der „Saale-Zeitung“ geschrieben, daß der Kaiser den im letzten Hefte der „Preussischen Jahrbücher“ enthaltenen Artikel über Herrn von Koller im Wortlaut durchgelesen habe. Der Kaiser habe sich über die Einzelheiten Vortrag halten lassen und in Verfolg dessen die Einstellung des Verfahrens gegen Delbrück verfügt, sowie Herrn v. Koller aufgefordert, Delbrück hierüber persönlich Mittheilung zu machen. Von einer „Aussprache“ zwischen Koller und Delbrück, wie sich die „Berliner Korrespondenz“ ausdrückte, könne demnach nicht die Rede sein.

Daß die Aktion gegen die Sozialdemokratie Herrn v. Koller den Hauptstoß gegeben habe, wird allgemein angenommen. Deshalb klingt es wenig glaubhaft, was die „Tägliche Rundschau“ über die große Polizei-Aktion schreibt:

„Dem Ministerrath hat diese Maßregel allerdings nicht vorgelegen, aber Herr v. Koller auch nicht. Die Verantwortlichkeit für das Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Vereine trägt vielmehr, wie uns aus sehr zuverlässigen parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, der Polizeipräsident von Berlin v. Windheim, der allerdings bei seinen Maßregeln sich zuvor der allerhöchsten Billigung versichert hatte.“

Völlig unmöglich ist allerdings auch das nicht. Herr v. Koller's Vorstoß gegen die sozialdemokratische Organisation muß allerdings deshalb doppelt sonderbar erscheinen, weil er, wie die „Köln. Volksztg.“ hervorhebt, früher als Abgeordneter selbst einem Zentral-Wahlkomitee angehört hat, welches ebenso organisiert war wie das sozialdemokratische, nämlich dem konservativen Zentral-Wahlkomitee. Herr v. Koller hat sich also desselben Vorgehens schuldig gemacht, wegen dessen er jetzt gegen Duzende von Sozialdemokraten Anklage erheben läßt.

Dafür ist er allerdings auch ein konservativer „Staatsretter“, der sich schon Dinge erlauben konnte, die an unserer Partei schwer geahndet werden sollen. —

Die Berliner Polizei und der dolus eventualis. Gestern erwähnten wir, daß Genosse Morawski als Verleger und Genosse Kalkowski als verantwortlicher Redakteur der „Gazeta Robotnica“ wegen einer kurzen Glosse zum Prozeß Sobczyk auf dem Polizeipräsidentium vernommen wurden. Gestern wurden auch noch Genosse Janiczewski als Mitbesitzer der Druckerei Janiczewski u. Janitz und Genosse Verfus, Seher der „Gazeta Robotnica“ in der gleichen Sache vernommen. Demnach scheint die Polizei wegen einer vierzeiligen Notiz vier Personen verantwortlich machen zu wollen. Der dolus eventualis soll wohl noch größere Triumphe feiern, als in den Fällen Bading und Diebnecht.

Majestätsbeleidigungs-Chronik. Freigeprochen von der Anklage der Majestätsbeleidigung wurde Genosse Guntz vom Landgericht Naumburg. Zutriminiert war ein Artikel der „Thüringer Tribüne“ über das Verbot des Rauchens unter den Linden für die Soldaten der Berliner Garnison. Die Erfurter Strafkammer hatte Guntz seinerzeit wegen dieses Artikels zu zwei Monaten Gefängnis

verurtheilt. Auf die vom Genossen Guntz eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Landgericht Naumburg.

Von der Strafkammer in Babeln im Elsaß wurde der im Arbeitshause in Pfalzburg inhaftirte 28jährige Jakob Polz aus Neuweiler wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. —

Den Hammerstein'schen Reichstags-Wahlkreis Herford-Halle haben die Konservativen verloren. Aus Herford wird telegraphisch vom 5. Dezember gemeldet: Bei der Reichstags-Stichwahl in Halle-Herford siegte Bürgermeister Duentin (nall.) mit 8955 Stimmen über Amtsgerichtsrath Weihe (kons.), der 8638 Stimmen erhielt.

Das ist ein schwerer Schlag für die Konservativen. Um so schwerer, da die Nationalliberalen sicher den Wahlkreis nicht gewonnen haben, weil ihr Stern im Aufgehen begriffen ist, sondern weil der konservative Stern seit dem Hammerstein-Krach noch rascher ins Sinken gekommen ist, als der nationalliberale. Die konservative Partei kann sich vielleicht wieder erholen, da sie immerhin noch auf breitere Interessentenschichten im Volke sich stützen kann, als das nationalliberale Großbürgerthum. Aber vorderhand ist der Verlust eines Wahlkreises in einer der konservativsten Gegenden Deutschlands, im Fürstenthum Minden, der preussischen Vendée eine doppelt schmerzliche Niederlage für die konservative Partei. —

Nein, Ihr seid's gewesen! schallt's jetzt in der nationalliberalen Presse bei Besprechung der Reichstags-Wahl in Herford-Halle. Jede der beiden Parteien wirft der anderen vor, sie habe — entsetzlich! — um die sozialdemokratischen Stimmen gebuhlt. Beide erklären es für unwahr, soweit sie selbst in betracht kommen. Und beide sagen die Unwahrheit.

Ein Ordnungsmann mag keinen Sozialdemokrat leiden, doch ihre Stimmen hat er gern — würde sich's mitunter auch ein tüchtiges Stück Geld kosten lassen, wenn die löstliche Waare nur zu kaufen wäre. —

Nationalliberaler Liberalismus. Daß überhaupt vom Reichstage denjenigen Abgeordneten, gegen welche ein politisches Strafverfahren schwebt, anstandslos die Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Session gewährt wird, bekümmert die „National-Zeitung“ tief. Das angeblich noch immer „liberale“, also für freies Grundgesetz eintretende Blatt macht seinem Groll bei Besprechung der Reichstags-Verhandlungen in folgenden Ausführungen Luft:

„Das Hans hatte dann schlemmigt einige von den Geschäften zu erledigen, welche seit Jahren zu seinen häufigsten gehören: die Einstellung mehrerer Strafverfahren, gegen sozialdemokratische und antimilitärische Abgeordnete, zu beschließen. Wir zählen solcher Anträge augenblicklich schon etwa ein Duzend — darunter einer auf Einstellung des in der Revisionsinstanz befindlichen Majestätsbeleidigungsprozesses des Abgeordneten Diebnecht — und es ist nicht zweifelhaft, daß im Laufe der Session ein paar Duzend andere dazu kommen werden. Das Hans hat gestern wieder nach der aus einer ganz anderen Zeit, als Strafprozesse gegen Abgeordnete eine Seltenheit waren, überkommenen Gewohnheit, unbeschien die Einstellung des Verfahrens zu beschließen, gehandelt; wir bezweifeln nicht, daß dies auch weiter gesehen wird, aber das kann uns nicht abhalten, beim Wiederbeginn eines derartigen Strafverfahrens von neuem seine Haltlosigkeit zu betonen. Andere Parlamente handeln keineswegs so; in der jüngsten Zeit ist wiederholt aus Wien berichtet worden, daß im dortigen Abgeordnetenhause eine aus Liberalen und Konservativen bestehende Mehrheit die Erlaubnis zur Fortführung von Strafprozessen gegen Abgeordnete ertheilt hat. Sie zu verjagen, dazu hat ein Parlament nur Grund, wenn der Verdacht vorliegt, daß die Anklage den Abgeordneten an der Erfüllung seiner parlamentarischen Pflichten zu hindern bestimmt ist, oder wenn die

Seine Gemahlin weilt bereits in dem eleganten Salonwagen mit den Spiegelfenstern und hatte sich sehr kurz von den knienden Damen verabschiedet. In früheren Jahren war dieser Abschied immer eine Ovation für den hohen Herrn gewesen. Unter dem Hurrahgeschrei der versammelten Menge pflegte er da von dannen zu fahren und vom offenen Fenster aus mit freundlichem Lächeln unzählige Male zu grüßen.

Heute hatte er noch niemand die Hand gegeben. Er stand etwas abseits mit dem Bezirksamts-Assessor und redete eindringlich mit ihm.

Der junge Beamte weilt wie zerkürrt vor ihm und hielt den Zylinder in der Rechten.

„Das sind sehr unliebsame Vorkommnisse, Herr Assessor, sie werfen ein schlimmes Licht auf gewisse Verhältnisse und auf die hiesige Gegend.“

Der Assessor wand sich wie eine Schlange.

„Mir scheint“, fuhr der Minister fort, „der Herr Benefiziat Kleiser hat nicht mit der gehörigen Strenge sein Amt gehandhabt, wie wäre es sonst möglich, daß sich der Lehrer so weit vergehen konnte?“

Eine Pause folgte.

„Haben Sie etwas gehört“, fragte der Minister, „wie es dem Herrn Benefiziaten geht?“

„Der Herr Bezirksarzt sagte mir, daß eine Besserung zu konstatiren sei“, flüsterte der Befragte.

„Nun, das ist wenigstens ein Trost. Er wird Erholungsurlaub bekommen und seine Ernennung zum Pfarrer an einem anderen Orte steht obnein bevor.“

Das zweite Signal zur Abfahrt ertönte.

„Unbegreiflich sind mir nur die Dinge, die ich über den Förster Walder und seine verstorbene Tochter hören mußte. Man hielt die Familie für so anständig?“

„Da hat mir nun allerdings der Herr Benefiziat schon vor längerer Zeit das Gegentheil berichtet, Excellenz“, wagte der Assessor zu bemerken.

„Wirklich?“

„Allerdings, Excellenz. Diesen Verdacht hatte der Herr Benefiziat ganz bestimmt geäußert.“ fuhr der Beamte ermutigt fort. „Er war nur dem Lehrer gegenüber viel zu vertrauensselig, und als ich ihn einmal darauf aufmerksam machte, daß der Lehrer mir verrückt erscheine, lachte er mich aus.“

Zum letztenmale rief man zum Einsteigen. Der Minister ging langsam zu seinem Wagen. Dort drehte er sich noch einmal zu dem nachschreitenden Assessor um und sagte etwas freundlicher:

„So? Sie haben ihn gemerkt? Dann haben Sie also auch gemerkt, was ich mir von vornherein sagte: Daß dieser Hilfslehrer Gattl schließlich eben doch nichts anderes war, als ein Verrückter.“

thatsächliche Unvereinbarkeit dieser mit der Fortführung des Prozesses erwiesen ist. Der erstere Fall ist bei uns seit langer Zeit nicht einmal behauptet worden; es handelt sich vielmehr darum, daß jetzt Jahr ein, Jahr aus ein paar Duzend Abgeordnete in regelmäßigem Konflikt mit den Gesetzen sich befinden, häufig durch Beleidigung von Privatpersonen, und daß sie das Abgeordnetenmandat zur Verschleppung der Prozesse benutzen. Früher ist es sogar wiederholt vorgekommen, daß auf diese Weise die Verjährung herbeigeführt wurde und u. a. die von Abgeordneten beleidigten Privatpersonen um die ihnen gebührende Genugthuung gebracht wurde. Wenigstens diesem Skandal ist durch eine, anlässlich der Althardt-Prozesse beschlossene Ergänzung des Strafgesetzbuches ein Ende gemacht worden. Der weiter fortbauende Zustand der gewohnheitsmäßigen Unterbrechung und Verschleppung der Gerichtsverhandlungen ist aber ebenfalls nicht durch die „Wärde der Volkvertretung“ geboten, wie behauptet wird, sondern er verletzt dieselbe, zumal die nämlichen Abgeordneten, welche angeklagt durch den ungehinderten Lauf der Prozesse in ihrer parlamentarischen Thätigkeit behindert würden, diese nur zu häufig vernachlässigen und zur Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit beitragen. Wie gesagt, wir erwarten von der Hand keine Besserung; aber dies überhebt nicht der Pflicht, auf einen der vielen Schäden unseres heutigen Parlamentarismus hinzuweisen.“

So zertrümmern diese Wortführer des liberalen Bürgerthums aus Haß gegen die Sozialdemokratie eines ihrer Ideale nach dem andern. Die Sicherheit der Reichstagsabgeordneten vor politischen Verfolgungen während der Session soll beseitigt werden. Es haben ja auch Sozialdemokraten Nutzen davon. Die Nationalliberalen würden unter der von der „National-Zeitung“ empfohlenen Praxis allerdings kaum jemals zu leiden haben, da das Strafverfahren gegen Mitglieder ihrer Fraktion in den letzten Jahren nicht wegen politischer, sondern nur wegen gemeiner Verbrechen eingeleitet wurde. Und da ist es allerdings unverbrüchliche Praxis der Parlamente, solchen Anträgen nachzugeben. —

Die Stellung der Privatdozenten auf deutschen Universitäten wird anlässlich des Hirschius-Gutachten's von dem Privatdozenten Dr. Jastrow in der „Sozialen Praxis“ erörtert. Jastrow betont, die soziale Bedeutung des Privatdozenten thums liege in erster Linie in der Thatsache, daß neben den staatlich angestellten Professoren ein Stand freier akademischer Lehrer bestehe. An der Hand der Geschichte weist er nach, wie die deutschen Universitäten einen Doppelcharakter angenommen haben, indem sie gleichzeitig Korporationen und doch Bestandtheile des Staatsorganismus sind:

Die Privatdozenten beziehen ihre Lehr-Erlaubnis von der Korporation; der Staat stelle ihnen gern Lehrmittel zur Verfügung, weil er so eine bequeme Auswahl für die Besetzung der staatlichen Lehrämter erlange, ohne durch ein lästiges Aspirantenthum mit Anciennitäts-Ansprüchen bedrängt zu werden. Dieser Stand freier akademischer Lehrer hat sich oft genug als Träger neuer Richtungen bewährt, denen die staatlichen Professoren versagt waren. Das Hirschius'sche Gutachten ignore die ganze historische Entwicklung; es ignore ferner jenen Doppelcharakter. Hirschius geht einfach von der Staats- und Ministerial-Allgewalt aus und baue darauf seine Schlüsse. Jastrow macht dann auf die Gefahr aufmerksam, die in einer Unterdrückung neuerer sozialer und politischer Richtungen an den Universitäten läge, und schließt mit folgender bemerkenswerthen Aufforderung an den Kultusminister:

„Wird das Gutachten von Hirschius fortan zur Grundlage der Verwaltungspraxis gemacht, so ergibt sich zunächst der in Preußen meines Wissens noch nie dagewesene Zustand, daß ein Minister eine Disziplinargewalt beansprucht, welche ein großer Theil der Betroffenen nicht anerkennt und in jedem Einzelfalle zu betreiben entschlossen ist. Es wäre doch eine Ungeheuerlichkeit, wenn der Privatdozent in seiner gesammten akademischen Stellung von dem Willen eines einzigen Menschen abhängen sollte, während jedem seiner Zuhörer gesetzlich garantiert ist, daß er von der Universität nicht anders entfernt werden kann, als durch Urtheil des Senats.“

Wenn wirklich der Minister der Ansicht ist, daß dieser Zustand geltendes Recht sei, — als wünschenswerth kann er diesen Zustand im Interesse der ihm anvertrauten Würde der akademischen Lehre doch gewiß nicht bejehnen wollen. Es erwächst daher aus dem Hirschius'schen Gutachten dem gegenwärtigen Unterrichtsminister eine Pflicht, die bisher in der Öffentlichkeit noch nicht betont worden ist, nämlich: sich darüber auszusprechen, ob er denn nichts thun werde, diesen vermeintlichen Rechtszustand zu ändern?“

Daß in der gegenwärtigen Regierungssära irgend ein Minister daran denken würde, die Stellung der Privatdozenten freier zu gestalten, erwartet Herr Dr. Jastrow wohl selbst nicht. Das Gegentheil steht mit weit größerer Sicherheit in Aussicht. Und dazu wirkt noch etwas mit, was Herr Dr. Jastrow nicht berührt hat, nämlich die kaum verhüllte Eifersucht der jüngsten Professorenringe auf die Privatdozenten. Die Professorenringe werden sicher nicht den Rest von Freiheit der Wissenschaft, den die Privatdozenten vertreten, gegen Eingriffe der Regierung verteidigen. Der jüngst gesonnene Professor schaut mit bitterem Groll auf den Privatdozenten wie der privilegierte Apotheker auf den Drogisten, der die Medikamente und Mixturen billiger verkauft als er und ihm auf solche Weise den 99prozentigen Geschäftsgewinn schmälert. Diese Konkurrenz ist auf der Berliner Universität z. B. recht erheblich, da dort auf 179 ordentliche und außerordentliche Professoren nicht weniger als 171 Privatdozenten kommen. Und eine Professorenkorporation, die sich durch den Nachhaber einen Schwemninger als Professor aufdrängen ließ, wird sich gewiß nicht bis zu eigenen Unannehmlichkeiten ereifern, wenn ihr Widerstand gegen die Amtsenthebung eines sozialdemokratischen oder auch nur „sozialliberalen“ Privatdozenten angerufen wird. Also, die Rechtsbrüde, die Herr Hirschius gebaut hat, wird mit schönem Erfolge von der Regierung betreten werden können.

In Parteiblättern und im Nachklänge zu deren Ausführungen in Parteiverfammlungen ist nun verwundernd gefragt worden, weshalb denn eigentlich andere Parteiblätter, zu denen auch der „Vorwärts“ gehört, diesen Vorgängen auf der Universität eine eingehendere Aufmerksamkeit widmen. Das geschieht nicht der Personen halber und auch nicht aus Interesse für Universitätsverhältnisse an sich. Es geschieht vielmehr, weil diese Verurtheile, den dürftigen Resten der akademischen Lehr- und Forschungsfreiheit ein Ende zu machen, wichtige Symptome sind für das neueste Stadium unseres gesellschaftlichen Forschungsprozesses, in dem die Stützen von Staat und Gesellschaft eifrig dabei sind, aus Angst vor der Sozialdemokratie die Strebeziele ihres eigenen Baues zu zertrümmern. Diese Symptome aufmerksam zu verfolgen und ihre Bedeutung ins klarste Licht zu stellen, ist aber eine wesentliche Aufgabe der sozialdemokratischen Presse. Im übrigen seien die Parteigenossen daran erinnert, daß Marx und Engels in

Anna stöhnte aus der ganzen Tiefe ihrer gemarterten Seele. Ihre Blide begegneten den gläsernen Augen des Geistlichen, der mit den Händen zuckte, als wollte er etwas sagen.

„Gnad' und Barmherzigkeit!“ schrie Anna und warf sich vor das Bett. Dort lag sie lange schluchzend und wimmernd.

Plötzlich fuhr sie auf und starrte die Haushälterin an: „Wo ist er, der Franz?“ fragte sie.

„Was weiß ich“, war die trostige Antwort, „den werd' d' Gendarmerie morgen scho einfangen.“

Dieses grausame Wort brachte die Kranke zur Besinnung.

„Nein“, ächzte sie wie ein hilfloses Kind, „net d' Gendarmerie, bei unserm Heiland net! Des der's net sein. Ich . . . ich . . . muß zum Franz geh'n, ich hab'n ja gehört . . . ganz genau g'hört, wie er in die Gaisschlü . . .“

Eufschlich schrie sie auf. Der gresle Ruf des Lehrers war ihr eingefallen. Sie sah die Brille vor sich und glaubte neben ihm zu stehen, wie damals an dem düsteren Herbsttage, wo er sie fragte, ob sie mit ihm da hinunter-springen wollte, wenn es auf der Welt nichts mehr zu hoffen gab . . . „Nein“, schrie sie laut durch das Zimmer, „ich spring net mit, es is a Sünd', a Tod'sünd', Franz, Franz, lehr' um, lehr' um, Franz! Franz!“ Sie lief in alle Ecken des Zimmers, als suche sie etwas, um sich darauf zu stützen.

Der Haushälterin wurde es angst und bange in ihrer Nähe. Sie lief auf den Flur hinaus. Als sie mit einigen Bauerleuten zurückkam, sah Anna auf dem Boden und lehnte sich an die Bettstatt. In ihren Armen hielt sie ein großes Kreuzfig, das sie von der Wand heruntergerissen hatte. Sie berzte es wie eine Wuppe und drückte es fest an ihre Brust. Dabei lachte sie eigenthümlich, kurz und abgerissen, und manchmal murmelten ihre Lippen:

„Net nunterfallen, net fallen will i . . . o vergieb uns unsere Schulden.“

Sie war wahnsinnig geworden.

Der heimkehrende Walder fand am anderen Tage im Forsthause den zerschmetterten Leichnam des Lehrers und seine sterbende Tochter vor.

Das war ein harter Schlag für Mariakirchen. Der Herr Minister hatte über Nacht die Koffer packen lassen und die tiefbetäubte Zeitung des Marktes meldete den entsetzten Bewohnern die Abreise Seiner Excellenz. Alles eilte an den Bahnhof, wo der hohe Herr vor den bestürzten Honoratioren mit tiefem Gesicht stand und wenig Sinn für die dargebrachten, dufenden Scheidegrüße an den Tag legte.

dem kommunistischen Manifest es für die Pflicht des revolutionären Proletariats erklärt haben, für die Erhaltung der bürgerlichen Freiheit einzutreten.

Der französische Manchestermann Leon Say hat gleich seinem deutschen Bruder im Geist, Herrn Eugen Richter, die fixe Idee, daß der Sozialismus künstlich gemacht sei, um das harmonische Spiel der Kräfte" hoch zu stören. Er hielt dieser Tage in der Jahresversammlung des Instituts von Frankreich eine Rede, die darin gipfelt, daß der Sozialismus ein deutscher Importartikel sei, Produkt der Deutschen Heine und Marx. Daß die deutsche Regierung dieses Produkt bestellt habe, und hege und pflege, um dem armen Frankreich Unannehmlichkeiten zu bereiten, das sagt Herr Say zwar nicht, deutet es aber in nicht mißzuverstehender Weise an. Man sieht hier wieder einmal, wie das beste bürgerliche Hirn aus dem Gleichgewicht kommt, sobald der Sozialismus vor ihm auftaucht.

Die orientalische Frage. Wohl niemals hat sich die Rücksichtslosigkeit und Gemeingefährlichkeit jener internationalen Kunst, die man Diplomatie nennt, so augenfällig vor aller Welt offenbart, wie jetzt in der „orientalischen Frage“. Nachdem ein Theil dieser „Diplomatie“ Millionen dafür ausgegeben hat, in der Türkei Unruhen und Aufstände hervorzurufen, kommt dieser Theil der Diplomatie und klagt die Türkei an, keine Ordnung aufrecht erhalten zu können; und die übrigen Diplomaten, die den Schwund genau kennen, thun als ob sie alles glaubten und helfen sogar beim Anklagen, — nur damit sie einen Grund haben, den Herren Kollegen auf den Fersen zu sein und auf die Finger zu sehen. Wie schwer es den Anguren manchmal sein mag, das Loch zu verbeißen!

Vor jetzt genau vier Wochen veränderte der englische Ministerchef Lord Salisbury mit ernsthaft feierlicher Miene das Kongert" der europäischen Mächte, das heißt das allgemeine Einverständnis in der orientalischen Frage. Seitdem hören wir von nichts als von Eifersüchtelei, Hant und Streit der Herrn Konzertanten. Und die einmüthigen Herrn Diplomaten sind in Konstantinopel einander so in die Haare gerathen, daß der Sultan sich den Spaß erlauben konnte, ihnen die Einfahrt zu einem zweiten Stationschiffes (jede Botschaft hat eins am Goldenen Horn) zu verbieten. Die schlauen Türken wissen, daß die „einigen“ Herren Diplomaten wie Hunde und Katzen sind, und daß die Diplomatie keines Landes der anderen traut und etwas gönnt.

So wird von den Diplomaten in der Türkei und an der Türkei immer weiter herumgesehen, bis schließlich der Weltkrieg unvermeidlich wird — es sei denn, daß es den Völkern gelänge, noch rechtzeitig mit dem ganzen Lauf der Diplomatie aufzuräumen.

Deutsches Reich.

— **Hosprediger a. D. Stöcker.** Der „Hann. Post“ wird gemeldet: „Keine Disziplinar-Untersuchung gegen Stöcker. Wir können aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß der Kaiser auf Vortrag des zuständigen Beamten des Oberkirchenraths befohlen hat, die Sache ruhen zu lassen.“
Was ist es wohl lieber, wenn Herr Stöcker nicht diszipliniert wird, aber nicht aus Vorliebe für Herrn Stöcker.

— **Rein Neubelehnung der Konservativen!** Die „Konservative Korrespondenz“ bestreitet, daß die konservative Fraktion beschlossen habe, in der ersten Geschäfts-sitzung des Reichstages von Parteiwegen eine „Erklärung“ über ihre Stellung zum Fall Hammerstein abgeben zu lassen. Selbst Erörterungen haben in dieser Beziehung innerhalb der Fraktion nicht stattgefunden.

— **Die „Kreuz-Zeitung“ moralisirt wieder,** natürlich nicht über die „Geistigen der Nation“, die sich moralisch verhalten, sondern über das Treiben der Emporkömmlinge. An den Selbstmord eines verkrachten Bankiers, der sich das Leben genommen, knüpft das Junterblatt folgende Betrachtungen: „Das Persönliche dieses Falles ist gleichgültig, von allgemeinem Interesse aber das Typische. Während die produktive Arbeit sich bei allem Fleiß in Sorgen abmüht, ohne auf einen grünen Zweig zu kommen, gelangt der große Spekulant rasch und spielend zu Reichthum. Kenntnisse oder Fertigkeiten besitzt er nicht, auch arbeitet er nicht im rechten Sinne des Wortes. Er späht lediglich nach der Konjunktur, macht daraufhin seine Spekulationen, und wenn er es versteht, die Schwächen, die Unkenntnis und die Unerfahrenheit seiner Mächten rücksichtslos auszunutzen, und so konnte ihre soziale Schädlichkeit weniger hervortreten, jeht drängen sie sich auf Grund der brutalen Macht des Geldes hervor, sie beherrschen die Waaren- und Geldmärkte, sie beeinflussen die Tagespresse die öffentliche Meinung, sie wollen in Staat und Gesellschaft die führende Rolle spielen. Und so erregen sie in allen Kreisen des Volkes mit der Unzufriedenheit die Neigung zur Beseitigung von Zuständen, welche derartige Auswüchse gestatten.“

Das ist sehr hübsch, nur sollte man nicht nur auf die Börslaner mit Steinen werfen, wenn man selbst in einem junterlichen Glashause wohnt.

— **Ueber Herrn v. Trott zu Solz** wird der „Frankf. Zeitung“ aus Marburg geschrieben: Die Meldung, daß Herr Trott zu Solz designierter Nachfolger des Herrn v. Köller sei, erregt hier besonderes Interesse, da er nicht nur bis vor kurzem hier als Landrath fungirte, sondern noch jetzt der Landtags-Abgeordnete des Kreises ist. So weit wir die Persönlichkeit des Mannes kennen, scheint er uns durchaus ein berufener Nachfolger Köllers, ein Minister aus der Höhe der Zeit zu sein. Er gilt als reaktionär und sehr orthodox; wie wir zu wissen glauben, hat er das samose Umsturzgesetz ausgearbeitet. Wird er jetzt Minister des Innern, so hätte er eine außerordentlich schnelle Karriere gemacht. Als er hier Landrath war, stand er in regen gesellschaftlichen Verkehr mit dem früheren spanischen Gesandten, dem Bruder des Freiherrn v. Stumm, der in der unmittelbaren Nachbarschaft Marburgs einen durch Aukauf Heimbauerlichen Besitzes arrondierten Herrenhof hat. Vielleicht sind auf diesem Wege die staatsmännischen Talente des Herrn Trott zu Solz zur Anerkennung gelangt.

— **Wädiker — Stöcker.** Zum bevorstehenden Rücktritt des Chefs des Reichs-Versicherungsamtes Dr. Wädiker macht die „Kölnische Zeitung“ folgende, vom Standpunkt des Blattes sehr beachtenswerthe Aeußerungen:

„Gerade unter diesen Umständen tritt recht klar zu Tage, welche außerordentlichen Vertrauen Dr. Wädiker sich bei allen Parteien erworben hat. Nicht nur die Vertreter der Arbeiter, sondern auch die Vertreter der Berufsgeoffenen, die bisweilen mit dieser oder jener Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes nicht zufrieden waren, sind jetzt ohne Ausnahme in dem aufrichtigen Wunsche einig, daß Dr. Wädiker als Präsident des Reichs-Versicherungsamtes bleiben möge. Während manche Kreise in unserer Bevölkerung gegenüber manchen Entscheidungen unserer Strafgerichte Bedenken hegen, besteht gegenüber der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes und des Ober-Verwaltungsgerichts kaum ein grundsätzlicher Gegensatz ernster Natur.“

Ein Wechsel in den Personen der verdienten Chefspräsidenten könnte leicht die Sachlage ändern. Im Interesse einer gesunden Entwicklung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung sollte man alles anstreben, einen Mann an der Spitze des Reichs-Versicherungsamtes zu behalten, der sich wie kein anderer bewährt hat.“

— **Die Agrarier** machen wieder klar zu Gesicht. Im Reichstage stellen sie Initiativanträge und ihre Organisationen werden zusammenberufen um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In diesen Tagen trat auch der Ausschuss der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zusammen, er beschloß die Abhaltung der nächsten Generalversammlung am 24. und 25. Februar 1894, auf die Tagesordnung wurden gesetzt: 1. Die Reichsbank und ihre eventuelle Ueberführung in den Besitz des Reichs. 2. Die Verschuldung des Grundbesitzes. 3. Welche wirtschaftspolitischen Erklärungen liegen seit der 19. Generalversammlung vom 20. und 21. Februar 1894 vor. Die Mittel zur Abhilfe der wirtschaftlichen Noth. 4. Die Transportkosten (Tarife) und ihr Einfluss auf die Preise.

— **In der Allgemeinen Versicherungs-Presse** findet sich folgende, durch die Postkarte des Präsidenten Cleveland zu aktueller Bedeutung gelangte Mittheilung: „Wie wir New-Yorker Mittheilungen entnehmen, werden dort mehrfache Repressalien gegen dort arbeitende deutsche resp. preussische Versicherungs-Gesellschaften geplant, und zwar als Repressalien gegen den Ausschuss der drei großen amerikanischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaften aus Preußen. Einerseits will man in New-York die Zulassung deutscher Gesellschaften dadurch erschweren, daß man die zu hinterlegende Staats-Kautions-erhöht, andererseits will man den ausländischen Versicherungs-Gesellschaften eine Prohibitivsteuer von 10 pCt. auferlegen — und drittens will man auch auf anderem Gebiet als auf dem der Affekturung Wiedervergeltung wegen der Behandlung der drei großen New-Yorker Lebens-Versicherungs-Gesellschaften anbahnen. Dem Kongress soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher den deutschen Zucker vom amerikanischen Markt so gut wie ausschließt. Derartige Repressalien waren vorausgesehen und man wird nun den Verlauf der Dinge abwarten müssen. Vor der Hand hat die „Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft“ noch nicht die Bewilligung zum Geschäftsbetriebe in New-York erhalten. Sie besitzt dort ein ziemlich starkes Portefeuille, welches sie aus dem Wege der Rückversicherung von englischen und amerikanischen Gesellschaften erworben hat. Es ist fraglich, ob ihr unter gegenwärtigen Umständen überhaupt die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe erteilt werden wird zu Bedingungen, welche ihr noch genehm sein möchten. Auch die übrigen deutschen Gesellschaften leiden unter der Stimmung, welche die New-Yorker Bevölkerung und speziell die New-Yorker Handelswelt beherrscht; denn der Ausschuss der drei großen amerikanischen Gesellschaften aus Preußen hat dort großen Staub aufgewirbelt und beschäftigt die ganze dortige Handelswelt in großem Maßstabe.“

Da zeigt es sich also wieder, wie sehr Maßregeln gegen ausländische Unternehmungen stets Repressalien herbeiführen.

— **Ein Menjurenexil** war von den Behörden der Universität Halle a. S. ergangen. Jetzt theilt die „Saale-Zeitung“ mit, daß die Polizei ihre angeregte Mitwirkung gegen das Erscheinen der Studirenden mit unvortheilhaft, aus Menjuren herrührenden Bänden auf den Straßen, in der Straßenbahn u. abgelehnt hat, da es ihr hierzu an der rechtlichen Grundlage fehle. Sie suche ihr noch Menjuren zu verhüten; um die geringfügigen Folgen von Menjuren, die vielleicht anderwärts stattgefunden, kümmere sie sich nicht.

— **München, 3. Dezember.** (Eig. Bericht.) Unter bösen Anzeichen ist die Veranhang des Militäretats heute zu Ende gegangen. Bei der namentlichen Gesamt-Abstimmung stimmten außer unseren Freunden auch sechs Bauernhändler und der Demokrat Wiesner mit Nein. Und nach Ermittlung des Abstimmungs-Resultates erklärte Herr Präsident von Baller ganz augeregt, daß die Abstimmung leider so ausgefallen sei, wie er schon einige Tage befürchtet. Es hätten nämlich nur 117 Herren, 10 davon mit Nein“ abgestimmt, und es sei somit die verfassungsmäßige Anzahl von Stimmen (drei Viertel) nicht erreicht worden. Er sei deshalb gezwungen, in einer der nächsten Sitzungen die Abstimmung wiederholen zu müssen.

Ein schlechtes Zeichen für den Spätheifer der Militärfreunde und für die ordnungsfähigen Jubelstimmungen im Jubeljahre. — Der letzte Tag der Spezialdebatte brachte auch sonst noch interessante Erörterungen über den Pensionsetat. (Die diesbezüglichen Ziffern haben wir bereits vor einigen Tagen in einer Korrespondenz besprochen.) Auch dem Finanzausschuss erziehen das Anwachsen der Pensionslast drohend und im Namen desselben legte der Referent Wagner dem Hause einen Antrag vor, die Kriegsverwaltung sei zu ersuchen, dahin zu wirken, eine Abminderung der Zahl der pensionirten Offiziere eintreten zu lassen, und insbesondere Pensionierungen von Offizieren nicht aus dem Grunde eintreten zu lassen, weil ein Offizier, welcher sich für seine bisherige Dienststellung als genügend befähigt erweist, für die nächsthöhere Dienststellung nicht qualifizirt sei. In der lebhaften Debatte nimmt auch Genosse Grillenberger das Wort. Er habe nichts dagegen, wenn Leute, die Pension verdienen, pensionirt werden, jedoch hier handle es sich um den traffen Unterschied der Beträge zwischen Hoch und Nieder. Kompetent zu einer Aenderung sei nur der Reichstag; trotz dem aber dürfte es sich empfehlen, auch in den Eingangsdiagen immer wieder diese Frage anzuschneiden. Der Hauptbestand sei auf das von Berlin ausgehende Bestehen, die Armee zu verjüngen, zurückzuführen, das nur auch in Bayern Eingang gefunden habe, zumal von Preußen durch Schaffung günstigerer Pensionverhältnisse auf Bayern ein Druck ausgeübt werde, mit Preußen eine Konvention abzuschließen. Der „blaue Brief“ komme oftmals den Offizieren wie ein Blitz aus heiterem Himmel und die damit Bedachten müßten sich fügen, wollten sie nicht riskiren, daß der Armee hinausgeschmissen zu werden. Der Offizier muß also reagieren und die nächste Folge ist, daß er sich krank meldet (Heiterkeit) und der betreffende Arzt findet auch dann immer ein entsprechendes Leiden. Ein solches Vorgehen reime sich doch nicht mit der sonstigen militärischen Ehre zusammen. Redner glaubt auch, daß ein Offizier, der sich nicht für eine höhere Charge eignet, ganz gut noch Jahre lang seinen bisherigen Posten ausfüllen könne, zumal man es ja auch bei den Prinzen nicht so genau nehme. Er empfehle zwar den Ausschussantrag anzunehmen, verspreche sich aber nicht viel davon, da eine Besserung wohl erst mit Beseitigung des ganzen modernen Militarismus eintreten werde.

In seiner Widerlegung führt der Kriegsminister sehr erregt und in überlautem Korporalston u. a. aus: Die Ueber-schreitung der Reichsquote sei wesentlich zurückgegangen und es habe die Militärverwaltung eher eine Anerkennung, denn einen Tadel verdient. Von einer Verjüngung der Armee könne keine Rede sein. Oberlieutenants ständen heute im 58. Lebensjahre, Majore im 48., Hauptleute zwischen dem 45. und 48. und Premierlieutenants im 36. bis 39. Lebensjahre vor ihrer Beförderung in die nächst höhere Charge. Der Minister wendet sich sodann gegen die Anklagen der einzelnen Redner. Die Offiziere, welche in Frage kämen, seien in so vorgeschrittenem Alter, daß sie körperlich nicht mehr leistungsfähig seien. Der Offizier werde Dienst machen, so lange er fähig sei auf Fortkommen habe; wenn diese Aussicht aufhöre, fehle die Berufstüchtigkeit. Er müsse Grillenberger und Hahinger das Recht absprechen, in diesem Punkte die Ehre der Offiziere anzugreifen. Grillenberger

erwidert dem schneidigen Herrn, daß die Abgeordnetenkommission kein Kasernenhof und der Kriegsminister kein Vorgesetzter der Abgeordneten sei. Er habe keine Vorschriften an die Reichsvertreter ergehen zu lassen, wie sie hier ihre Ansichten vertreten. Der Kriegsminister steckte die verbundene Abfertigung ohne Widerrede ein. Die Frage, ob eine Konvention mit Preußen bestehe, hat er unbeantwortet gelassen, was bei seiner im allgemeinen offeneren Natur als Bestätigung des Bestehens einer diesbezüglichen Abmachung aufgefaßt werden muß. Der Antrag des Finanzausschusses wurde einstimmig angenommen.

— **München, 3. Dezember.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das hiesige Amtsgericht sprach heute den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“, Genossen Eduard Schmid von der Anklage, durch die Aufforderung „Zuzug fernzuhalten!“ groben Unfug verübt zu haben, frei.

— **Der Klub der ultramontanen Partei** in der bayerischen Abgeordneten-Kammer soll nach der „Germania“ nicht den Beschluß gefaßt haben, dem Antrage des Staatsanwalts auf Verfolgung der Blätter, die die Kammer wegen ihrer Haltung in der Fuchswähler Frage getadelt haben, stattzugeben.

Oesterreich.

— **Wien, 4. Dezember.** Der Polenklub beantragte nach längerer Debatte über die überhandnehmende Auswanderung aus Galizien nach Amerika eine Kommission von sechs Mitgliedern mit der Ausarbeitung eines dem Reichsrathe vorzuliegenden Auswanderungs-Gesetzentwurfes.

— **Wien, 5. Dezember.** Abgeordnetenhause. Am Beginn der Sitzung brachte Fernerstorfer einen Dringlichkeitsantrag ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, nach Beendigung der Beratung des Gesetzes betreffend die Vergünstigungen sofort den Wahlreform-Entwurf zu unterbreiten. Der Antrag wird mit Einverständnis des Antragstellers morgen verhandelt werden.

— **Wien, 5. Dezember.** Die Staatsrechnung für das Jahr 1894 schloß mit einem Ueberschuß von ca. 84 Millionen Mark ab.

Frankreich.

— **Paris, 4. Dezember.** (Eigener Bericht.) Zur Welt-ausstellung vom Jahre 1900. Genosse Baillat hat zum Gesetzentwurf betreffend die Weltausstellung von 1900, deren Kosten auf 100 Millionen veranschlagt sind, einen Zusatzantrag eingebracht, wonach bei allen Arbeiten und Lieferungen betreffend die Errichtung der Ausstellung folgende Arbeitsbedingungen eingehalten sind: 1. Achtstündiger Arbeitstag und wöchentlich ein Ruhetag. 2. Anwendung der von der Stadt Paris aufgestellten Lohnliste für alle Verufe, auf die sich dieselbe bezieht; das gewerkschaftliche Lohnverbot für alle anderen Verufe, deren Arbeiter gewerkschaftlich verbunden sind, und ein den Existenzkosten entsprechender Minimallohn für alle sonstigen Arbeiter. 3. Strenge Anwendung des Dekrets von 1848 betr. das Verbot der Anstellung von Unteralkoholanten. 4. Errichtung einer von den Arbeiter-Gewerkschaften zu organisirenden Arbeitsspektion zur Ueberwachung der Durchführung dieser Arbeitsbedingungen und Entlohnung dieser Inspektoren nach dem höchsten Lohnsatz der bei den Anstellungsarbeiten beschäftigten Arbeiter. Diese Bedingungen haben sowohl bei den von der Stadt Paris wie vom Staate in eigener Regie auszuführenden Arbeiten zur Anwendung zu gelangen, wie bei denen, die von Unternehmern oder Lieferanten ausgeführt werden. Bei letzteren sind diese Bedingungen in das Pflichtenheft einzutragen.

— **Paris, 5. Dezember.** Der Armees-Ausschuss des Parlaments hat den Beschluß gefaßt, das Rekrutierungs-gesetz abzuändern und zwar für die außerhalb Frankreichs dienenden Militärpflichtigen. Dieselben sollen nach einjähriger Dienstzeit entlassen und erst wieder zu Uebungen einberufen werden, wenn sie in die Reserve eintreten. Mit diesem Beschluß hängt ein Antrag zusammen, welcher bereits früher der Kammer unterbreitet worden war und der für alle außerhalb Frankreichs befindlichen Fahnenpflichtigen eine Amnestie verlangt.

Italien.

— **Rom, 4. Dezember.** Die Deputirtenkammer begann die Beratung über die Umwandlung der vier königlichen Verordnungen vom 6. November 1894 in ein Gesetz. Die Verordnungen betreffen Abänderungen der Gesetze über die Organisation der Armee, die territoriale Abgrenzung der Aushebung, die Befolgungen und dauernden Löhnungen. Der Kriegsminister erklärte gegenüber der Meinung der Kommission, die vorgenannten Dekrete enthielten noch keine Anbahnung der territorialen Rekrutierung.

Bovio brachte heute beim Kammerpräsidenten einen parlamentarischen Initiativ-Gesetzentwurf ein des Inhalts, die Zahl der Bischöfe zu verringern.

— **Rom, 5. September.** (Eig. Bericht.) In der Debatte des italienischen Abgeordnetenhauses über die während der Ferien eingelaufenen Interpellationen hat der sozialistische Abgeordnete Verenini eine bemerkenswerthe, von einem großen Theile der Kammer beifällig aufgenommene Rede über die Grispischen Ausnahmefälle und deren Handhabung gehalten. Nachdem er erwähnt hatte, daß er der einzige sozialistische Abgeordnete sei, der von diesen Gesetzen nicht betroffen worden sei, erinnerte er daran, daß als das Ausnahmefälle in der Kammer beraten wurde, Crispi ausdrücklich erklärte, daß dasselbe gegen die Anarchisten und nicht gegen die Sozialisten, daß es gegen gewaltthätige Angriffe auf die bestehende Ordnung, aber nicht gegen bloße Meinungsäußerungen gerichtet sei. Aber nach der Annahme des Gesetzes sei die erste Handlung der Regierung die Auflösung aller sozialistischen Vereine gewesen, obwohl diese durchaus keine gewaltthätigen Unternehmungen, sondern nur eine friedliche, bis dahin unbeanstandet gebliebene Propaganda betrieben hätten. Als Bismarck in Deutschland die Sozialisten bekämpfte, habe er dies wenigstens offen, nicht unter falschen Vorwänden gethan; die Gesetze, auf Grund deren er vorging, seien wirklich gegen die Sozialisten gerichtet gewesen. Der italienische Nichterstand aber habe ertritten müssen, als er Verdammungsurtheile wegen Meinungsäußerungen fällen mußte, während die Artikel des Gesetzes nur den Zustand, den Meuchelmord, die Brandstiftung u. dgl. mit Strafe bedrohten. Die sozialistische Propaganda gebe nicht auf Verschwörungen und Aufstand auf, das wisse Herr Crispi sehr wohl. Dagegen sei die Regierung selbst revolutionär, indem sie das Gesetz verlege. Sie selbst sei es, die durch Ausnahmefälle und durch die willkürliche Handhabung derselben die Revolution vorbereite. Dem italienischen Sozialismus werde die ungerechte Verfolgung nur förderlich sein; indeß solle die Regierung bedenken, wie viele Familien durch ihr Vorgehen in das Unglück gestürzt würden.

Um für eine Verlängerung der demnächst ablaufenden Ausnahmefälle Zustimmung zu machen, hatte Crispi befanulich einen Prozeß anstrengen lassen, durch den bewiesen werden sollte, daß der vor einiger Zeit gegen ihn verübte Mordversuch nicht die Handlung eines einzelnen, sondern das Ergebnis eines weit verzweigten Komplotts gewesen sei. Dieser Prozeß ist jetzt völlig gescheitert. Zuerst stellte sich heraus, daß gewisse an den Tätern gerichtete Briefe eine Fälschung seien. Aldann zog der Staatsanwalt, dem Ergebnis der Verhandlungen entsprechend, die Anklage wegen Komplotts in bezug auf alle Angeklagten, mit Ausnahme eines einzigen, zurück. Endlich sprach der Gerichtshof auch diesen Einzigen frei und wies auch die vom Staatsanwalt anrechterhaltene Anklage wegen anarchistischer Thaten in bezug auf alle Angeklagten zurück. Kaum aber waren diese vom Richter für frei erklärt worden, als die Polizei-

Behörde auf Grund der Ausnahmegefehle sie wieder in das Gefängnis brachte, um sie von der Zwangswohnung-Kommission wegen derselben Anlagen, die der Richter eben für grundlos erklärt hatte, abermals in Untersuchung nehmen und diesmal wohl verurteilen zu lassen. Deutlicher konnte der Sinn und die Bedeutung der Ausnahmegefehle nicht illustriert werden.

Russland.

Politische Verfolgungen in Russisch-Polen scheinen wieder auf der Tagesordnung zu stehen. Der „Kreuz-Zeitung“ wird aus Warschau gemeldet: Großes Aufsehen erregt hier die nächtliche Hausdurchsuchung bei vielen Studenten der landwirtschaftlichen Akademie in Pulawy. Die Polizei entdeckte angeblich geheime Verbindungen unter Studenten, von denen eine größere Anzahl in der Warschauer Zitadelle interniert wurde. Sozialistische Schriften sind beschlagnahmt worden.

Rumänien.

Die Senatswahlen haben mit dem üblichen glänzenden Siege der Regierung geendet.

Bulgarien.

Die parlamentarische Untersuchungs-Kommission über das Regierungssystem Stambulow veröffentlichte seinen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Von dem Beginn seiner Regierungstätigkeit an verleiht Stambulow die Freiheit durch Handlungen der Gewaltthätigkeit, Verhaftung von Oppositionellen etc. Versammlungen wurden oft nur dann von ihm gestattet, wenn ihre Tendenz eine der Regierung günstige war. Die Regierung verleiht systematisch den aus dem Briefgeheimnis bezüglichen Artikel der Verfassung und in Tausenden von Fällen die Unantastbarkeit der Person und des Domizils. Unter dem Vorwande der Verfolgung des Brigantenthums figurirte in dem Budget eine Post für die Organisation eines geheimen Polizeidienstes, aus welcher Stambulow zahlreiche Spione, darunter auch Frauen, bezahlte. Die Kommission ist der Ansicht, daß die diesbezüglichen Summen als illegale Ausgaben des früheren Regimes zu betrachten seien. Der Bericht rügt das ungeheuliche und verfassungswidrige Vorgehen gegenüber der Presse, ferner die gegen die Synode gerichtete Verfolgung und den von der Regierung gegen Clement erlassenen Prozeß und spricht weiter von militärischen Aktionen aus Wahlmotiven. Die Lieferung von 70 Millionen Manlicher Patronen durch die Firma Roth besprechend, erblickt der Bericht in dem Umstande, daß Roth die Lieferung erhielt, trotzdem die Konkurrenten bessere Preise anboten und eine große Zahl der gelieferten Patronen minderwertiger Qualität war, einen Beweis dafür, daß die Regierung von denselben Motiven wie früher bei der Herstellung der Eisenbahnlinsen Stambulow's und Sofia-Pernit geleitet wurde. Die Herstellung der Eisenbahnlinsen Stambulow's und Sofia-Pernit im eigenen Betriebe verursachte dem Staate einen Schaden von mehreren Millionen. Auch bei der Lieferung von 146 000 Manlicher Gewehren durch die Steyerische Fabrik fanden schwere Unterschleife statt. Der Bericht fährt noch verschiedene andere Mißbräuche in Geldsachen auf und hebt hervor, daß Stambulow und Grefow nach dem Sturze des Kabinetts aus der Nationalbank den übrig gebliebenen Rest von 240 000 Frank den dort hinterlegten Gesamtsumme geheimer Fonds als persönliches Eigentum entnahmen. Der Bericht sieht ferner 80 der Kommission überwiesene Klagen wegen ungeleglicher Verhaftung und Mißhandlung sowie in einzelnen Fällen wegen Vermögensberaubung an und beantragt, alle hierauf bezüglichen Dokumente der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung der Schuldigen zu übergeben. Die Kommission fordert die Sobranje auf, die ehemaligen Minister Lontschew, Salabashew, Grefow, Ziowlo, Sawow, Stranski, Slavow und Peflow in Anklagezustand zu versetzen, sowie gegen die Erben Stambulow's und Muttukow's zivilprozessualisch vorzugehen. Die Kommission konstatiert auch, daß das Regime der Tyrannei, welches unter Stambulow seinen Gipfel erreichte, bereits unter der Amtsführung Radoslawow's begann.

Wenn diese gegen den todtten Stambulow gerichtete Untersuchung der russophilen bulgarischen Kammer den Nachweis erbracht hätte, daß die jetzige Wäterschens Günsti erstrebende Regierung frei von den Sünden und Fehlern des Stambulow'schen Regimes wäre, so hätte sie ihren Bericht in werthvoller Weise ergänzt. Wir glauben aber, daß ihr dies nicht möglich gewesen sein wird.

Dringender noch als die Untersuchung gegen Stambulow wäre die Ergreifung und Aburtheilung der Mörder Stambulow's und deren Anstifter.

Türkei.

Konstantinopel, 5. Dezember. Der seit zwei Jahren hier weilende Scheich Dschamal Eddu Afghani, englischer Unterthan und Mitglied der französischen Akademie, bekannt durch seinen langjährigen Aufenthalt in Europa, wurde wegen seines Freisinn's verdächtigt, Mitglied des türkischen geheimen Komitees zu sein und ist infolge dessen unter diplomatischem Schutz nach der Schweiz abgereist. — Aus Cesarea eingelaufene Berichte über die daselbst in den letzten Tagen stattgehabten Gewaltthätigkeiten begreifen die Zahl der armenischen Opfer auf 200. In Hassanale bei Erzerum wurden zahlreiche Einwohner, darunter der armenische Bischof, getödtet. Viele andere Deutschen im Vilajet Siwas waren Schauplätze geringerer Vorfälle. In Konja herrscht eine Panik. Nach einer Meldung aus Cesarea hat dort am 30. November das falsche Gerücht, daß ein Angriff der Armenier auf die Muhamedaner bevorstünde, Unruhe hervorgerufen. Es herrscht große Panik. Die Läden der Armenier sind geschlossen. Nach bisheriger Feststellung wurden 60 Armenier getödtet. Auch aus Aleppo wird berichtet, daß dort selbst ein ganz leeres und falsches Gerücht eine Panik hervorrief; die Christen leben dermaßen in Furcht vor einer Meuterei, daß sie bei dem geringsten Alarm ihre Läden schließen und in den Höfen ihrer Häuser Schutz suchen. — Die Verhaftung von in Konstantinopel lebenden Armeniern und deren Rücksendung nach ihrem Heimatgebiete dauert fort. Bis jetzt wurden mehr als 1000 derselben ausgewiesen.

Nach einer in Wien eingetroffenen Meldung aus Konstantinopel ist der frühere Großvezier Said-Pascha gestern mit seinem Sohne in die englische Botschaft geflüchtet.

Aus Rußland wird wieder von gegen die Türkei gerichteten Rüstungen berichtet.

Die Situation in der Türkei ist wieder sehr ernst.

Kuba.

Vom Kustengebiet. Wie aus Havannah über New-York gemeldet wird, erließ im Hauptquartier der Insurgenten der Oberkommandeur Gomez den Generalbefehl, daß sämtliche Oberbefehlshaber ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich darauf richten sollen, die Eisenbahnverbindungen zu zerstören, um dadurch den Transport spanischer Verstärkungen zu verhindern. Der Schluß des Befehls lautet: Wir sind unserem Ziele nahe, als kriegsführende Macht anerkannt zu werden.

Parlamentarisches.

Regierungsvorlagen. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ schreibt: Dem Reichstage sind, wie wir hören, auch die Gesetzentwürfe über die Bekämpfung des unfaulteren Wettbewerbes und wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften — Konsumvereine — zugegangen.

Damit sind bis auf die Zuckersteuer-Vorlage und das Bürgerliche Gesetzbuch sämmtliche wichtigeren, in der Thronrede angeforderten Vorlagen an den Reichstag gelangt.

Der Seniorenkongress des Reichstages trat gestern zusammen. Man verständigte sich dahin, daß die Vorstehenden der Abtheilungen aus der vorigen Session wiedergewählt und ebenso die Sachkommissionen in der Befehung der vorigen Session bestätigt werden sollen. (Geschäftsordnungs-Kommission-Vorsitzender Singer, Budgetkommission-Vorsitzender v. Nordhoff, Petitionskommission-Vorsitzender Dr. Kruse, Wahlprüfungs-Kommission-Vorsitzender Spahn, Rechnungs-Kommission-Vorsitzender Dr. Baasche). — Ferner wurde mitgetheilt, daß der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Reichstag im Januar vorgelegt wird. Es sollen aber bereits jetzt von den einzelnen Fraktionen Referenten ernannt werden, denen das bezügliche Material noch vor Weihnachten zugehen soll.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufnahme einer Anleihe für das Heer, die Marine und die Reichs-Eisenbahnen nebst Begründung ist dem Reichstage zugegangen. Danach sollen die außerordentlichen Geldmittel, welche in dem Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1896/97 zur Befreiung einmaliger Ausgaben der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen mit 27 850 921 M. vorgesehen sind, durch eine verzinsliche Anleihe beschafft werden.

Zum Schutze des Vereins- und Versammlungsrechts hat die freisinnige Volkspartei im Reichstag ein Nothgesetz beantragt, welches nach der „Freis. Zig.“ aus folgenden einzigen Paragraphen besteht: „Alle Deutschen sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß Vereine zu bilden und sich unbewaffnet in geschlossenen Räumen sowie in Privatgrundstücken auch unter freiem Himmel zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt, mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten. Die Bestimmungen der Reichs-Verfassung, der Reichs-Militärgefehle, desgleichen die Bestimmungen der Landesgefehle über die Ueberwachung von Zusammenkünften bleiben unberührt.“

Zur Erlangung der Reichsversässlichkeit für die eingetragenen Berufsvereine hat die freisinnige Volkspartei — Dr. Schneider u. Gen. — den bereits in früheren Sessionen von der freisinnigen Partei und der Zentrumsparthei eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die eingetragenen Berufsvereine, wiederum eingebracht, und zwar in der Fassung, in der eine Kommission in der Reichstags-Session 1890/92 den Entwurf mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen hatte. Der Entwurf beabsichtigt, den Vereinigungen von nicht geschlossener Mitgliedszahl, welche die Förderung der Berufsinteressen und gegenseitige Förderung ihrer Mitglieder bezwecken, Reichsversässlichkeit zu verschaffen nach dem Muster der eingetragenen Genossenschaften.

Zum Arbeiterschutz beantragen die Abgeordneten Dr. Hise und Dr. Lieber mit Unterstützung des Zentrums eine Resolution, welche die Regierung ersucht, 1. die Durchführung der Bestimmungen der §§ 120a bis 120c der Gewerbe-Ordnung (betreffend den Schutz von Gesundheit und Sittlichkeit) durch Anordnung resp. Erlass (§ 120e der Gewerbe-Ordnung) entsprechender Verordnungen mehr als bisher zu sichern; 2. die Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, betreffend den Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter (§§ 185 bis 189b) auf die Hausindustrie — unter besonderer Berücksichtigung der Wirkungen der Fabrikgesetzgebung auf die Vermehrung der Hausindustrie — durch Erhebungen wirksam vorzubereiten und anzuregen.“

Die nationalliberale Partei des Reichstages hat ihren früheren Antrag wieder eingebracht, die Erwartung auszusprechen, daß bei der Ausarbeitung eines für das Deutsche Reich gemeinsamen Gesetzes, betreffend die Militärgerichtsverfassung und die Militär-Strafprozess-Ordnung, die Grundsätze der Ständigkeit der Gerichte, sowie der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens zur Geltung gelangen, soweit nicht besondere militärische Interessen Ausnahmen nothwendig erscheinen lassen.“ Nach den bezüglichen Erörterungen in der Presse darf man den Erklärungen der Reichsregierung mit großem Interesse entgegensehen.

Partei-Nachrichten.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Darmstadt haben wir diesmal zwar noch kein Mandat erobert, jedoch die Genehmigung, daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gegenüber der Wahl vor drei Jahren verdreifachte, wobei in betracht kommt, daß ein Theil unserer Wähler, trotz rechtzeitigen Erscheinens im Wahllokal, wegen zu großen Andranges nicht abstimmen konnte. Die fürsichtige Stadtverwaltung hatte nämlich nur ein Wahllokal vorgesehen. Die Zahl der Stimmen, die unsere Kandidaten bekamen, betrug 1042—1161, die der streitigen Gegner 1894—4325. Wegen die Wahl soll Protest erhoben werden.

Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Eine äußerst zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“, in welcher Genosse Dolinski einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Theorie und Praxis“ hielt, nahm auf Veranlassung des Vertrauensmannes Stellung zum Breslauer Parteitag. Nachdem Genosse Scheitler, der Vertrauensmann des Wahlkreises, seinen Standpunkt sehr eingehend und überzeugend dargelegt hatte, wurde nach kurzer Debatte einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ erklärt sich mit den Beschlüssen des Breslauer Parteitages vollständig einverstanden und verpflichtet sich, für dieselben einzutreten.“ Zur Klärung der thatsächlichen Verhältnisse in Heidelberg wurde ferner beschlossen, diese Resolution in den badischen Parteiblättern und im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

Aus Italien wird uns geschrieben: Die sozialistische Partei in Sizilien reinit sich. „Risocosa“, das führende Journal der Sozialisten Palermo, von dem fast jede Nummer konfiskirt wird, bringt in seiner letzten Nummer eine wichtige Erklärung. Es heißt darin, daß, wenn einmal die sozialistische Partei in Sizilien sich bemerkbar macht, sie durchaus nicht eine streng begrenzte Linie der Taktik einhalte, denn es drängten sich Leute ein, die den Sozialismus zum Ausschlaggebend gebrauchten, aber die aller- verschiedenartigsten Leidenschaften und die allerentgegengesetzten Interessen repräsentirten. Sich Sozialisten zu nennen sei in Sizilien sehr bequem für sehr viele, die Anarchisten oder einfach unwissende Aufrührer oder Marionetten seien, deren Fäden durch die Katholikenbewegung bewegt werden, die lieber eine Einkunft wünschen, als in ihren eigenen Interessen getroffen zu werden. Nun wollen wir — fährt die Erklärung fort — daß dieser Zustand aufhöre und daß die sozialistische Partei nur aus wirklichen Sozialisten bestehe, d. h. aus solchen, welche wissen, daß ohne die Eroberung der politischen Gewalt den Ideen der sozialistischen Emanzipation nur banale Redensarten sind. Verbannen wir daher aus unserer Partei alle Anarchisten, die ewigen Aufrührer: die Carbonari, die Separatisten, kurz diese sogenannten Sozialisten Siziliens — eine erneute Auflage der vor 30 Jahren thatigen alt-kerikal-Bourbonisch-regionalistischen Partei — überhaupt alle solche „Sozialisten“, die mit den wahren Idealen der Partei nichts zu thun haben.“ Die „Risocosa“ schließt: „Für unsere großen Ideale sind wir bereit, auch die schlimmsten Verfolgungen zu erdulden; aber wir sind durchaus nicht bereit, der Spielball der Polizei zu werden.“

werden für das, was unser Inneres nicht fühlt, noch unser Gewissen uns erlaubt. Wer diesen Ideengang nicht akzeptirt, ist nicht mit uns. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“

Diese Erklärung wird, insbesondere wo sie vom bewußten oder unbewußten Einverständnis der Sozialisten mit Katholikenbestimmern spricht, wahrscheinlich eine heftige Polemik hervorgerufen. Die wahren Sozialisten sind aber sehr erfreut, daß endlich einmal so kräftig vorgegangen wird, um die sozialistische Partei Siziliens zu läutern. Wenn sich auch durch den Läuterungsprozeß die Zahl ihrer Anhänger vermindern muß, so ist das doch kein Nachtheil, denn sie wird in demselben Grade an moralischem Einfluß auf die Massen wachsen und, innerlich gereinigt und gestärkt, den Kampf mit der alten Gesellschaft um so erfolgreicher führen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gegen das freisprechende Urtheil, das vom Braunschweiger Landgericht in Sachen der Maifest-Zeitung gefällt wurde, hat der Staatsanwalt Revision eingelegt. Das Reichsgericht wird darüber am 31. Januar verhandeln.

— Wegen Beleidigung eines Herrn v. Wangenheim wurde ein früherer Redakteur der „Thüringer Tribüne“ vom Erfurter Landgericht zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt. Trotzdem nur § 185 in Frage kam, wurde von einer Geldstrafe u. a. deshalb abgesehen, weil — wie der Landgerichtsdirektor Matthes ausführte — die „Thüringer Tribüne“ selbst zugegeben habe, daß Geldstrafen gegen ihre Redakteure aus der Parteikasse gezahlt würden. Die Redaktion unseres Erfurter Bruderorgans erklärt diese Behauptung für unwahrscheinlich.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Auspersperungen, müssen hiesig den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

In die Arbeiter Berlins und Umgegend! Auf die Erklärung der Firma Maurer u. Dimmid im Inzeratenheil der Nr. 283 des „Vorwärts“ haben wir zu entgegennen, daß der Streik nicht etwa unthunlich vom Name gebrochen wurde, sondern daß die Einführung einer neuen, verlängerten Arbeitszeit die Veranlassung dazu gab. Die Arbeitszeit war bisher neun Stunden; erst auf das Verlangen nach Beseitigung der im Geschäft bestehenden Mißstände (wie Ueberfüllung der Gewerbe-Ordnung, Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und weiblicher Personen über die gesetzliche Zeit hinaus und vor allem mangelhafte Bezahlung) versprach die Geschäftsleitung die Abstellung dieser Mißstände, forderte aber dafür die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde. Das Personal konnte sich mit dieser Repressalie eines Geschäfts, wo fast ausschließlich Arbeiterdrucksachen hergestellt werden, nicht einverstanden erklären und legte einmüthig die Arbeit nieder. Indem wir hierdurch den Sachverhalt zur Kenntniß bringen, appelliren wir an die Solidarität der Arbeiterkass.

Das ausständige Personal der Firma Maurer u. Dimmid. J. N. v. Weier.

Aufgelöst wurde in Braunschweig eine Mitgliederversammlung des „Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“, als ein Mitglied auf das Verlangen des überwachenden Beamten, die anwesenden Frauen auszuweisen, sich zur Geschäftsordnung ums Wort meldete.

Aus Budapest wird uns unterm 8. Dezember geschrieben: Der Streik der Buchdruckerei-Arbeiter dauert ungeschwächt fort. Daß die Buchdruckereibesitzer sich der beispiellosen Solidarität ihrer Arbeiter noch nicht beugt haben — die Zahl der Streikenden beträgt 2500 — ist darauf zurückzuführen, daß sie sich auf „Ehrenwort“ und — was sicherer — bei einer Konventionalstrafe von 1000 fl. verpflichteten, nicht nachzugeben. Die ungarische Staatsgewalt, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen, stellt sich auf die Seite der Unternehmer — bilden diese doch die Stützen des schon morschen Systems — und distanzirt und provoziert die Streikenden, allerdings ohne Erfolg, denn diese verlassen keinen Augenblick den legalen Boden, was den Unternehmern viel Kummer bereitet, da insolge dessen die ihnen zur Verfügung stehende Polizei keinen gesetzlichen Grund zum Einschreiten hat. Eine Versammlung während des Streiks abzuhalten wird polizeilich untersagt. Die Druckereien sind von Detektiven und Konstablern umzingelt — in der Druckerei des liberalen „Pester Lloyd“ patrouillirt sogar ein Konstabler im Seheraal — die streikenden Hilfsarbeiterinnen werden von Polizisten aus den Streiklokale vertrieben — aber alles hilft nichts: der Streik dauert fort. Da die Ruhe nirgends gelindert wird, konnte es die heilige Germandad nicht hindern, daß sich bei dem Zeichenbegangniß eines streikenden Kollegen am verfloffenen Sonntag die Ausständigen in corpore beteiligten. Es war ein schier unendlicher Zug, der in Doppelreihen in feierlicher Stille sich über die vornehmste Straße der Stadt, über die Andraßystraße nach dem Zentralbahnhof bewegte, wo die Menge, Spalier bildend, den Todten vorbeipassiren ließ, um dann so ruhig wie sie gekommen, wieder heimzuziehen. Es war eine summe, aber die wirksamste Demonstration gegen das Versammlungsverbot. — Die Stimmung der Streikenden ist vorzüglich und es ist alle Aussicht vorhanden, daß der Ausstand mit dem Siege der Arbeiter endet. Nöthig ist nur, daß die auswärtigen Buchdruckerei-Arbeiter streng der Solidarität eingedenk bleiben. Darum werden auch die Buchdrucker und Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Deutschlands hierdurch dringend gebeten!

In Bohwinkel im Regierungsbezirk Düsseldorf haben die Former der Firma M. Steeger die Arbeit niedergelegt. Es war ihnen eine 15—30prozentige Lohnherabsetzung angefordert worden; sie wollten sich zu einer natürlich wesentlich geringeren verstehen, der Fabrikant ließ sich aber darauf nicht ein.

Aus London wird gemeldet, daß die Konferenz zur Beilegung des Schiffsbauer-Ausstandes nächsten Dienstag zusammentritt.

Deutsche und letzte Nachrichten.

Hohenelbe, 5. Dezember. (B. Z. Z.) In Langenau ist Hallwink (Deutsch-liberal) gegen Wolf (Deutsch-national) mit 505 gegen 488 Stimmen zum Landtags-Abgeordneten gewählt.

Bamberg, 5. Dezember. (B. Z. Z.) Der Bankier Wähler, welcher seine Zahlungen eingestellt hat, wird hiedersichtlich verfolgt.

Bern, 5. Dezember. (B. Z. Z.) Der Bundesrath hat die deutsche Regierung ersucht, den in Wiebbaden in Ost sitzenden v. Ganting, den Hülfsher von Doktor-Diplomen der Berner Universität, an die Schweiz auszuliefern.

Dublin, 4. Dezember. Feldmarschall Lord Roberts hielt heute einen Vortrag über die Fragen in Ostasien; er führte dabei aus, daß der Wechsel in der Stellung Japans bezw. Chinas beinahe sicher weitreichende Veränderungen herbeiführen werde. Wenn England seine Handelsübermacht im Osten aufrechterhalten wolle, müsse es auf Ereignisse selbst von überraschender Art vorbereitet sein, als die der letztverfloffenen Monate waren. Wenn England hoffe, seine Stelle unter den Mächten aufrechtzuerhalten und seine auswärtigen Besitzungen zu behalten, so müsse es Herr der Meere sein und ein gut ausgebildetes, wohlorganisiertes Heer haben, das bereit stehe, hingeführt zu werden, wo immer die Anwesenheit britischer Truppen erforderlich sei.

Publikum und Beamte im Polizeistaat.

Ueber die Stellung der Beamten zum Publikum giebt eine Verhandlung viel zu denken, die am 5. Dezember gegen unseren Redakteur Dierl (Emil Roland) vor der II. Strafkammer verhandelt wurde. Brausewetter saß zwar nicht selber vor, aber sein Geist wurde zitternd und ging in der Verhandlung um.

In der Nr. 153 vom 4. Juli d. J. brachten wir einen der Thiele'schen Kriminalkorrespondenz entnommenen Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen zwei Herren, die am Bahnhof Wedding von den Beamten an der Biletkontrolle so behandelt worden waren, daß sie sich darüber beschwert hatten, die dann aber selber statt der Beamten auf die Anklagebank mußten, weil die Staatsanwaltschaft ohne weiteres auf die Darstellung der Bilettschaffner hin die Anklage wegen Beamtenbeleidigung gegen die Beschwerdeführer erhoben hatte. Die beiden Herren waren damals infolge der Aussagen der Schaffner verurteilt worden, einer wurde in der Berufungsinstanz freigesprochen.

Wir hatten an den Bericht, der völlig objektiv gehalten war, die Bemerkung geknüpft, daß ein solcher Ausgang der Sache in anderen Ländern nicht möglich gewesen sein würde, daß man aber bei uns, wo ein Richter gesagt habe, die Öffentlichkeit existiere nicht, schon an so etwas gewöhnt sei.

Dies gab dem Vorsitzenden Landgerichtsrath Grandtke Anlaß zu folgender Aeußerung:

In dem Artikel wird wieder der alte abgetriebene Gaul vorgetragen, daß ein Richter gesagt habe, die Öffentlichkeit existiere nicht. Es eckelt einem schon ordentlich an, denn jeder, der dabei war, weiß, daß das unrichtig und eine Entstellung ist.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine erwiderte darauf, die Berichte, die die Zeitungen gebracht hätten und der stenographische Bericht enthielten diese Aeußerung und man hätte nie gehört, daß einer dieser Berichte als unrichtig verfolgt worden wäre.

Landgerichtsrath Grandtke: Ein Angeklagter hatte sich darauf berufen, daß er der Öffentlichkeit, er meinte wohl dem „Publikum“, hätte Rechenschaft über die Vorkommnisse geben müssen. Darauf erwiderte ihm der Vorsitzende: „Eine solche Öffentlichkeit existierte nicht.“ Er hätte sich vielleicht anders ausdrücken können, aber es ist doch ganz zweifellos, daß der damalige Vorsitzende die Aeußerung nur so gemeint hat, daß ein bestimmtes Publikum bezeichnet werden sollte und nicht die ganze Öffentlichkeit.

Rechtsanwalt Heine: Ich verstehe den Unterschied noch nicht.

Landgerichtsrath Grandtke: Darüber wollen wir nicht rechten.

Durch die nun folgende umfangreiche Zeugenvernehmung und durch die Verlesung des intimierten Artikels wird festgestellt, daß der Bilettschaffner Raube an einem Märzabend dieses Jahres dem Buchhalter Baumgart, der ohne sein Bilet abzugeben die Kontrolle passiert hatte, trotz der entschuldigenden Bitte den Fahrschein, den ihm der einige Stufen tiefer stehende Baumgart hinreichte, nicht abnahm, vielmehr verlangte, daß B. die Treppe wieder heraufkomme und vor der Kontrolle seine Karte abgäbe; als B. dieser Aufforderung nicht sofort nachkam, packten Raube und sein Kollege Schläge, aus ihrem Verschlage hervorkommend, ihn am Arme, zerrten ihn nach oben und stellten ihn mit den Worten „so hier können Sie ihr Bilet abgeben“, vor die Kontrolle. Baumgart war nun der Ansicht, daß er sich ein derartiges Benehmen von einem Bahnbeamten nicht gefallen zu lassen brauche und verlangte zum Zwecke der Beschwerdeführung zum Stationsvorsteher geführt zu werden.

Mit dieser Ansicht befindet sich Herr B. allerdings nicht in Uebereinstimmung mit der des Herrn Landgerichtsrath Grandtke, der vielmehr meinte, daß der Beamte da wohl in seinem guten Rechte gehandelt habe. Im ferneren Verlaufe der Sitzung (bei Vernehmung des Zeugen Martische) meinte der Vorsitzende sogar, er habe das Gefühl, als ob ein verständiger Mann nicht ohne Noth zur Beschwerde schreite und daß es wohl weniger das höher stehende Publikum, als das auf dem Bahnhof Wedding wohl in Mehrzahl verkehrende niedriger gestellte sei, welches sich über die Beamten beschwere. Dabei mußte er sich allerdings sofort von Herrn Martische dahin berichtigen lassen, daß umgekehrt gerade das sogenannte bessere Publikum sich beschwere, da die „geringeren“ Leute die Scherereien scheuten.

Wel Interesse erregte bei dieser Gelegenheit folgende Aeußerung des Vorsitzenden. Landgerichtsrath Grandtke fragte den Assistenten Schneider, ob über Beschwerden über die Beamten Schläge und Raube vorgekommen wären, was Schneider bejahte.

Grandtke: Haben Sie auch Schaffner, über die keine Beschwerden einlaufen?

Schneider: O ja.

Grandtke: Na, das wundert mich, daraus könnte man etwa nachtheilige Schlüsse über die Beamten ziehen.

Die Zeugnisaussagen, die in bezug auf Einzelheiten der Vorgänge am Bahnhof Wedding ziemlich stark auseinandergehen, stimmen darin überein, daß die im Artikel des „Vorwärts“ benutzten Ausdrücke in der früheren Verhandlung im wesentlichen vorgekommen sind; der Haupt-Entlastungszeuge Reporter Schmidt, der sich selbst zur Verfälschung des Berichtes, allerdings mit einiger Reserve, bekennt, giebt insbesondere zu, daß von irgend einer, ihm freilich nicht mehr genau erinnerlichen Seite die Aeußerung gefallen sei, die Schaffner hätten die Schnapsflasche immer neben sich stehen; leider habe er seine Notizen nicht zur Stelle und könne auch nicht wissen, ob sie noch existirten.

Der Stationsvorsteher Martische giebt ebenfalls zu, daß die im Berichte abgedruckten Aeußerungen in jener Verhandlung so oder ähnlich gefallen seien und fügt hinzu, der damalige Vorsitzende habe gesagt, daß das Publikum auf dem Bahnhof Wedding doch meist aus Arbeitern bestände und nicht mit Glacehandschuhen angefaßt zu werden brauche.

Ungeauigleiten in dem Berichte werden nur insoweit konstatiert, als der Stationsassistent Schneider seine Aeußerung über die Trunkenheit der Beamten nicht, wie es im damaligen Berichte hieß, auf beide Angeklagte in vielen Fällen, sondern nur auf den Zeugen Schläge und einige besondere Fälle bezogen wissen will. Dagegen führten sowohl der Stationsvorsteher als der Assistent den Beweis, daß Schläge zweimal wegen Trunkenheit hatte abgelöst werden müssen und dies war um so bemerkenswerther, als Schläge einige Minuten vorher ausdrücklich eidlich bezeugt hatte, daß wäre nie vorgekommen.

Für die Genauigkeit und Objektivität des Berichtes spricht aber die Aussage des Zeugen Schmidt, der Bedenken gehabt hat, alle Aeußerungen jener Verhandlung zu veröffentlichen und sich erst mit seinem Schwager über die Publikation berathen hat; er habe alles noch unter dem frischen Eindruck der Verhandlung niedergeschrieben und objektiv und wahrheitsgemäß berichtet.

Der Staatsanwalt vermisst in dem Berichte die nöthige Sorgfalt; allerdings habe der angeklagte Redakteur im guten Glauben auf die Verlässlichkeit der sonst rühmlich bekannten Korrespondenz den Artikel aufgenommen. Aus den Ein-

leitungs- und Schlussworten gehe aber das Bewußtsein hervor, die Beamten zu beleidigen. Mit Rücksicht darauf, daß das Publikum in der That sich gegen die angegriffenen und in ihrer Ehre gekränkten Beamten gewendet habe, beantrage er eine Geldstrafe von 200 M. event. 40 Tage Gefängniß und die üblichen Nebenstrafen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine führt ihm gegenüber aus, daß der Bericht, den der Angeklagte abgedruckt habe, im ganzen, bis auf unwesentliche Unrichtigkeiten als wahr erwiesen sei. Wie der Staatsanwalt mit recht zugehenden habe, sei der Angeklagte im guten Glauben gewesen, als er sich auf eine sonst als loyal und zuverlässig bekannte Gerichts-Korrespondenz verließ. Wenn der Staatsanwalt aber gesagt habe, das Benehmen der Beamten sei korrekt gewesen, so sei solche Aeußerung eines hochgestellten Beamten deshalb bedauerlich, weil dadurch die so wie so schon mit übermäßiger Macht ausgestatteten Beamten noch mehr in der Aeußerung bestärkt würden, dem Publikum gegenüber wie Schylock auf ihrem Schein zu bestehen, anstatt es mit Höflichkeit zu bedienen.

Direkt strafbares sei von den Beamten allerdings wohl nicht gethan worden, aber eine objektive Betrachtung des ganzen Vorfalles zeige doch, daß der Zeuge Raube nicht mit der Ruhe und Höflichkeit vorgegangen sei, auf die das Publikum Anspruch machen könne; ja das Vorgehen gegen den Herrn Baumgart sei sogar eine grobe Mißhandlung. Nur durch den Umstand, daß wie so oft, so auch hier, die ursprüngliche Beschwerde über die Beamten in eine Anklage gegen die Beschwerdeführenden umgewandelt sei, habe es kommen können, daß auf die Aussagen der Herren Baumgart u. John in den früheren Verhandlungen nicht das volle Gewicht gelegt sei, obwohl sie offenbar volles Vertrauen verdienen, während der Zeuge Schläge z. B. sich auffallende Widersprüche in seinen Bekundungen habe zu schulden kommen lassen. Der Bericht gäbe objektiv, genau und ohne Rücksichten auf die Parteien die Verhandlung wieder: fast alles sei als genau erwiesen, und vom übrigen sei jedenfalls das Gegentheil nicht erwiesen. Der Angeklagte habe überdies in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, demzufolge ihm der Schutz des § 193 zuzukommen müsse. Nach alledem beantrage er Freispruch oder wenigstens eine wesentlich geringere Geldstrafe als der Staatsanwalt beantragt habe. Selbst wenn einige Unrichtigkeiten in dem Berichte enthalten seien, so sei ja das Gute, das durch ihn erzielt wäre hundertmal größer, als der Schaden, der vielleicht durch ihn hätte hervorgerufen werden können. Der Gerichtshof verkündet nach längerer Berathung, es sei nur Gewicht darauf gelegt worden, daß den beiden Schaffnern nachgesagt worden sei, sie wären öfter betrunken gewesen und sie hätten die Schnapsflasche immer neben sich gehabt. Von Raube sei überhaupt nicht bewiesen, daß er je betrunken gewesen wäre, von Schläge seien nur zwei Fälle der Trunkenheit nachgewiesen. Von der Schnapsflasche sei gar nichts bewiesen; es seien demnach nicht erweislich wahre Behauptungen über die Beamten aufgestellt worden, die im Stande gewesen wären, sie zu beleidigen. In Wahrnehmung berechtigter Interessen sei der Angeklagte nicht gewesen, weil aus dem Zusammenhange des Artikels die Absicht hervorgehe, die Beamten herunterzusetzen. Dies folge namentlich daraus, daß wieder das alte Märchen von der Aeußerung eines Richters aufgewärmt worden sei. Der sachgemäße Weg für den Angeklagten wäre gewesen, die vorgelegte Beschwerde der Beamten mit einer Beschwerde anzugehen. Zeuge Raube wäre im Rechte gewesen, als er von Baumgart verlangte, er solle die Treppe heraufkommen; der Mangel an Entgegenkommen läge nicht bei den Beamten, sondern bei den beiden Herren. Der ganze Artikel vertrat die Absicht, einen geringfügigen Vorfall in heftiger Weise auszubuten. Deswegen sei zwar auf eine Geldstrafe, aber in der Höhe von 200 M. event. 40 Tage Gefängniß nebst den üblichen Nebenstrafen erkannt worden.

Wie sehr es sich empfiehlt, sich — nach dem Rathe des Herrn Grandtke — mit Beschwerden über Beamte an die Behörden zu wenden, kann man wohl aus keiner Sache besser sehen, wie gerade aus dem Fall der Herren Baumgart und John.

Herr Gerichtsberichterstatter Oskar Thiele bittet um, folgender Erklärung auf die Worte des Herrn Landgerichtsrath Grandtke, die im vorstehenden Artikel ausführlich erwähnt sind, Raum zu geben:

„Da seinerzeit die Berichte über den Gummischlauch-Prozess von mir verfaßt sind, kann ich den in öffentlicher Gerichtsverhandlung erhobenen Vorwurf der Entstellung nicht richtig einstecken. In aller Bescheidenheit und bei aller Hochachtung vor der Autorität des Herrn Vorsitzenden muß ich dabei verbleiben, daß ich die fragliche Aeußerung des Landgerichtsrath-Direktors Brausewetter ganz objektiv so wiedergegeben habe, wie sie gefallen ist. Zahlreiche Oehrenzungen müssen dies bestätigen können und ich brauche nur darauf zu verweisen, daß die bestrittene Aeußerung in gleicher Form auch im stenographischen Bericht zu finden ist.“ Oskar Thiele.“

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 5. Dez. nachmittags 5 Uhr.

Die in voriger Sitzung gewählten Stadträte haben dem Vorsteher die Annahme der Wahl angezeigt; nur vom Stadtrath Marggraf fehlt die Zustimmung noch aus.

Die bereits mitgetheilt, hat die Kanalisationsdeputation, die bisher unter dem Vorstehe des Stadtrathes Marggraf arbeitet, der infolge einer Resolution der Versammlung ihr vom Magistrat gestellten Aufgabe, einen generellen Plan für die Bewirthschaftung der Rieselfelder aufzustellen, dadurch entprochen, daß sie in einem langen Gutachten sich zur Aufstellung eines solchen außer Stande erklärt. Es werden für dieses negative Resultat die so sehr verschiedenartigen Verhältnisse der einzelnen Rieselgüter nach Lage, Bodenbeschaffenheit u. s. f., ferner die schwierige Lage der Landwirtschaft und vor allem auch der Umstand herangezogen, daß man sich auf diesem Gebiete immer noch vor einer ganz neuen Sache und im Stadium der Experimente befindet und daß das ganze Unternehmen noch weit davon entfernt ist, als fertiges Ganze gelten zu können.

Ganz anderer Meinung ist der von der Versammlung schon im Frühjahr eingesetzte Ausschuss, der sich mit der Frage der Bedienung, Anpflanzung und Bewirthschaftung der Rieselfelder zu beschäftigen hatte und seinen Bericht am 18. November erstattet hat. Der Ausschuss, der unter dem Vorstehe des Vorstehers Dr. Langerhans tagte, kommt zu dem Antrage:

Die Versammlung beschließt die Einsetzung einer Deputation für die Verwaltung der Rieselfelder (Abtheilung II der Kanalisations-Deputation) und ersucht den Magistrat um seine Zustimmung dazu.

Insbondere soll die Deputation einen Organisationsplan vorlegen, in dem auch

- b) die Zahl der Beamten und die Erfordernisse für deren Anstellung,
- c) die Feststellung der Gehälter und Emolumente der Beamten,
- d) die Kompetenzen der Deputation, der Beamten wie der Dezerenten

festgestellt werden. Nach der Ansicht des Ausschusses soll diese Rieselfelder-Deputation unabhängig von der Kanalisations-Deputation sich lediglich mit der Bewirthschaftung der Güter befassen. Aus ihrer Mitte sollen kontrollirende Kuratoren für die einzelnen Komplexe oder Administrations-Bezirke ernannt werden. Man strebt die bessere Verwerthung der Produkte, die Herbeiführung eines schnelleren Geschäftsganges, auch Venderungen in technischer Beziehung an. In bezug auf die Leistungsfähigkeit der Rieselgüter ist der Ausschuss froher Hoffnungen voll; er hält ihre Ruhmarmachung für die Vieherzeugung von Brot- und sonstiger Feldfrucht, sowie von Milch für die städtischen Krankenhäuser und sonstigen Anstalten für möglich. Die einheitliche Bewirthschaftung von einer Zentralfeldstelle aus und die Einschränkung und bessere Schulung des Personals, desgleichen eine nach kaufmännischen, der Landwirtschaft angepaßten Prinzipien einzurichtende Buchführung werden für dringende Nothwendigkeiten erklärt.

Beide Berichte werden heute in gemeinsamer Diskussion erörtert. Den Ausschussbericht erstattet der Stadtr. Kalisch, der besonders betont, daß heute jeder Administrator auf eigene Faust arbeite. Das Schreibwerk auf den Rieselfeldern sei enorm umfangreich. Man müsse alles versuchen, um von den jetzigen unheilvollen Zuständen loszukommen. In technischer Beziehung müsse den Verpächtern die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Bei der Viehhaltung sei nicht auf die Mastung, sondern auf die Aufzucht von billig angekauften Jungvieh das Hauptgewicht zu legen.

Stadtrath Strube befreit die generelle Berechtigung der über den Rückgang der Rieselfelder-Erträge erhobenen Klagen. Der Ausschussbericht lasse an keiner einzigen Seite der Verwaltung ein gutes Haar. In den Vorschlägen des Ausschusses sei praktisch Brauchbares nicht enthalten. Der Rieselbericht sei ja sehr theuer, aber die großen Summen seien ja auch nicht für landwirtschaftliche Arbeiten, sondern in erster Linie für einen der obersten hygienischen Zwecke ausgeworfen. Im einzelnen sei es nicht richtig, von einem Mangel an kaufmännischer Verwaltung zu reden, es geschehe in dieser Hinsicht bereits jetzt alles, was bei der bestehenden Organisation möglich sei; mit dem bloßen Worte „kaufmännisch“ komme man nicht weiter. Die Viehhaltung von den Rieselfeldern möchte doch schon mit Rücksicht auf die Seuchengefahr mit der bestimmten Regelmäßigkeit, die doch Voraussetzung namentlich bei den Krankenhäusern wäre, gar nicht durchführbar sein. Aus diesen und anderen Rücksichten habe die Verwaltung gerade eine Einschränkung der Viehhaltung verfügt. In der weiteren Verfolgung der Versuche mit dem Gausbau sei die Verwaltung unangenehm thätig und bedürfe der Rippensätze des Ausschusses nicht, ebensowenig wegen der Verpächtern. Eine zu straffe Zentralisation werde der Aktionsfähigkeit der Verwaltung schädlich sein; höchstens könnte es sich darum handeln, je einen der Administratoren im Norden und Süden eine in gewissem Sinne leitende Stellung zu verleihen. Daß auf dem Gebiete der Rieselwasseruntersuchungen zu wenig geschehe, sei eine ganz neue Behauptung. Referent Kalisch verwahrt sich in erregten Zwischenrufen dagegen, daß ihm Worte in den Mund gelegt werden, die er garnicht gesprochen. Werde noch für einen besonderen Unterricht des Personals Vorsorge getroffen, so könne doch von einer Verkleinerung des Etats nicht die Rede sein. Daß der Nachwuchs im Personal nichts lange, sei eine etwas dreiste (Unruhe) oder, sagen wir, lähne Behauptung. Er (Referent) kenne die Beamten und trete mit aller Entschiedenheit für sie ein; der Referent kenne sie nicht. Alle diese Einzelheiten hätten sich besser im Ausschuss erledigen lassen, leider aber habe dieser seinen Bericht hinter verschlossenen Thüren festgestellt, habe die Sachverständigen des Magistrats nicht gehört, und das Ergebnis sei ein für den Magistrat fast unverdaulicher Bericht. (Heiterkeit und Unruhe.)

Stadtr. Lüben schließt sich unter wiederholtem Widerspruch aus der Versammlung den Ausführungen des Stadtrathes an.

Stadtr. Langerhans findet, daß die Debatte nicht den Weg geht, den der Ausschuss wünschte. Ueber die Einzelheiten, die heute angefochten werden, sei im Ausschusse keinerlei Beschluß gefaßt worden; es handle sich nur um Anregungen, die der beantragten, besonderen Deputation zur Prüfung zu übertragen wären. Die gestufte Rentabilität des heutigen großen Rieselgutkomplexes müsse die Verwaltung dringend auffordern, alle Mittel, technische wie finanzielle zu erwägen, die eine Besserung des Verhältnisses in Aussicht stellen. Auf die Einzelheiten sollte man garnicht eingehen; die allgemeine Frage wegen des generellen Organisationsplans sei dagegen selbstverständlich Gegenstand der Berathung der Versammlung als der kontrollirenden Behörde. Die Schulung des Personals würde schon durch die Zulassung von Lehrlingen bei den Inspektoren gefördert werden. Ebenso sei eine kaufmännische Buchführung für die Rieselgüter dringend notwendig. Denn gerade hier liege wie bei der Landwirtschaft überhaupt der Mangel, an dem der Betrieb hauptsächlich krankte. Der Ausschussantrag werde sich bei einigem Entgegenkommen der Herren Strube und Marggraf leicht erledigen lassen; gebe es einigen Kampf, nun dann fallen ein paar Haare (Stürmische Heiterkeit) — aber diese beiden Herren sollten über unsere Anregungen nicht ärgerlich sein, sondern sich ihrer ein wenig annehmen, da sie die Versammlung gerade von ihrer Verantwortung für die betr. Etatsbeschlüsse in etwas entlasten sollen. (Beifall.)

Stadtrath Marggraf: Es ist doch Thatsache und ist namentlich von den agrarischen Wäthern ausgebeutet worden, daß der Ausschussbericht ein durchaus abfälliges Urtheil über die gesammte städtische Rieselgüterbewirthschaftung darstellt. Wir sind ja dankbar dafür, daß der Referent und der Vorsteher die Vorwürfe des Berichtes heute abgeschwächt haben; der able Eindruck des Berichtes wird aber damit nicht leicht völlig beseitigt werden. Die Zentralfeldstelle würde nicht eine Erleichterung, sondern eine Erschwerung und Verlangsamung der Verwerthung der Produkte zur Folge haben. Auf offenem Markt bekomme man die Preise viel besser und prompter als von den städtischen Instituten. Durch Beschlüsse die Kompetenzen der Dezerenten festzulegen sei unmöglich und auch mit der Städte-Ordnung kaum vereinbar. Die von der Verwaltung resp. von ihm selbst über die Rieselgüterbewirthschaft gegebenen Zahlen seien recht antilichen Akten entnommen und nicht etwa, wie in der Öffentlichkeit behauptet, irrtümlicher, oder absichtlichweise entstellt gewesen. Daß die Güter über die Verpachtung der Kosten noch einen Ertrag ergeben hätten, sei nicht richtig, von ihm auch nicht behauptet worden. Die überhaupt in betracht kommenden Güter hätten sich mit zwischen 0,98 und 2,05 pSt. verzinst bei einem Preise von etwa 1000 M. pro Morgen Kaufpreis + Unkosten der Axtirung und Drainirung bis 1891/92. Seitdem seien die Prozentsätze gesunken, weil eben mehr Güter arzt wurden, deren Bestellung in dieser Zeit eine minimale ist.

1891/95 habe zum ersten Male ein Aufschuß von 0,25 pCt. gemacht werden müssen. (Beifall.)

Stadtv. Singer: Die Herren Magistratsvertreter haben das Gefächfeld verschoben; sie stellen es mit vielem Aufwand an Zeit und Worten so dar, als ob der Aufschuß lediglich einzelnen Verwaltungsvorkommnissen nachgeschafft hätte, um daraus die Unfähigkeit der Verwaltung zu deduzieren, ihr ein Sündenregister vorzuhalten. Ich lege auf ernsthafteste dagegen Verwahrung ein. Auch lasse ich mich durch die Sachkenntnis der Herren, ein notwendiges Produkt ihrer amtlichen Thätigkeit, durchaus nicht verblüffen; mich über das Fächerkunsstück gar nicht, das darin besteht nachzuweisen, daß die ad hoc in den Aufschuß gewählten Mitglieder nicht dieselbe Sachkenntnis besitzen. Die Ausführungen des Stadtraths Struve in ihrer übertriebenen Empfindlichkeit haben doch bewiesen, daß der Aufschuß hier den Finger in eine Wunde der Verwaltung gelegt hat, sonst würden die Herren nicht mit der Lebhaftigkeit sich einen nicht vorhandenen Gegner konstruieren und an ihm herumsetzen. Herr Struve sprach so etwa, als wenn er auf der Ministerbank sich befand, der Ton erinnerte an denjenigen, den er einstmal an einer anderen öffentlichen Stelle in bekannter Weise gerügt und zurückgewiesen hat, als er gegen ihn angewandt wurde. Der Vergleich des Aufschusses mit den Agrariern hinkt auf beiden Füßen. Die Agrarier wollen aus den Mitteln der Gesamtheit in ihre Taschen hineinwirtschaften; der Aufschuß will im Interesse der Gesamtheit eine finanziell günstigere Bewirtschaftung der Nieselfelder. Ueber Interna der Verwaltung hat der Aufschuß nicht diskutieren wollen. Ich bin im Aufschuß der Ueberzeugung geworden, daß die Prinzipien der Bewirtschaftung geändert werden können und müssen, um der Gesamtheit bessere Dienste zu leisten. Der Aufschuß beantragt lediglich eine besondere Niesel-Deputation, das übrige sind nur Anregungen. Zu der Empfindlichkeit der beiden Deponenten liegt also gar keine Veranlassung vor, und der Eifer, mit dem sie darauf hinwiesen, daß sie der Kritik zugänglich sind, steht im harten Widerspruch mit ihren sonstigen Ausführungen, nach denen sie es eben so vorzüglich machen, daß gar nichts mehr zu kritisieren sei. Gewiß sind die Güter zu theuer gekauft; aber das ist eben auch ein Punkt, wo die städtische Verwaltung ein Vorwort trifft. Wenn man Güter kauft à la Gütergoh, wenn man Preise zahlt, die sich nur aus Umständen erklären, die ganz außerhalb der Interessen der Stadt liegen, dann kaufen wir freilich zu theuer. Um einen verkauften Junfer, der das Gut für etwa 600 000 M. gekauft hatte, aus der Noth zu retten, hat Bleichröder — ob aus Gefälligkeit für den früheren Reichsfänger, weis ich nicht (Unruhe) — es für 1 250 000 M. gekauft, und die Stadt hat denselben Preis bezahlt. Hätte Bleichröder für diese Summe wohl einen anderen Käufer gefunden und war wirklich das Gut zur Accreditorung des städtischen Nieselfeldes absolut unentbehrlich? Was gegen die zentralisierende Verwaltung und gegen die Forderung der Verwendung der Produkte innerhalb der städtischen Verwaltung selbst vorgebracht ist, spricht gerade das Gegenteil. Wird den Privatinteressen hier freier Spielraum gelassen. Legen wir den Einkauf wie den Verkauf der städtischen Erzeugnisse in die Hand von Zentralstellen, so werden die Einzelinteressen keine Berücksichtigung mehr finden können, weil die Ansprüche zu zahlreich sein würden, um sie alle zu befriedigen. Sieht die Verpachtung keine lohnenden Erträge mehr, ist eine bessere Verwendung in den städtischen Kustalten möglich, warum soll nicht dazu übergegangen werden? So liegt es in bezug auf die Milchversorgung wie auf die anderen Fragen. Die Nieselfelder sind eine hygienische und Wohlthatseinrichtung, der man mit ruhigem Gewissen die erforderlichen finanziellen Opfer bringen kann, aber deswegen braucht doch eine bessere Bewirtschaftung nicht unterlassen zu werden, wenn man sie einführen kann. Wenn die Verwaltung alle diese Versuche schon gemacht hat und ihr dieselben fehlergeplagt sind, so beweist das nicht, daß sie wieder fehlergeschlagen müssen. Vielleicht läßt es sich heute anders machen, vielleicht ist die Konjunktur eine andere geworden. Die Herren Stadträte haben nur offene Thüren eingeraumt. Ich bestreite auch, daß der Bericht die Wirkung hat, die Männer der Verwaltung zu distreditieren; dazu lag weder Veranlassung noch Absicht vor. Jedenfalls reicht die jegige Kanalisationsdeputation für ihre umfangreichen Aufgaben und schon wegen der räumlichen Entfernungen der Nieselfelder nicht mehr aus. Wollen Sie sie verstärken, gut; besser aber ist es, wenn Sie eine Nieseldeputation einsetzen, die ja ohnehin 90 Prozent der Arbeiten haben würde und ihr die Kanalisations-Deputation mit dem einen Prozent eigentlicher Kanalisations-sachen angliedern. Daß mit weniger Personal auf den Nieselfeldern auszukommen wäre, glaube ich allerdings nicht.

Stadtrath Struve befreit, nervös oder erregt gewesen zu sein, jedenfalls sei er nicht nervös gewesen, als der Sache zutrefflich sei. Den Schluß, daß deshalb in der Verwaltung etwas faul sein müsse, könne er nicht gelten lassen. Im übrigen sei er in der Lage, sich mit den meisten Ausführungen Singer's durchaus verständigen zu können.

Stadtv. Vichow betont nochmals, daß in dem Aufschuß Beschlüsse in den einzelnen Unterfragen nicht gefaßt worden seien, die entgegengefasste Bemerkung an einer Stelle des Berichtes sei ein Irrthum. Redner bekennt sich zur Urheberchaft der Forderung einer gewissen Schulung der Beamten der Nieselfeldverwaltung; heute verstehen die Landwirthe von Veriefelung nichts, und mehrfach sei ihm in seiner amtlichen Beteiligung an diesen Arbeiten der Mangel an Verständnis störend entgegengetreten.

Stadtrath Struve: Es ist lediglich eine Geldfrage, den Nachwuchs zu schaffen und zu erhalten; in den letzten Jahren sind uns zwei der besten Inspektoren fortgegangen, die jetzt in Magdeburg und Freiburg mit je 5000 M. Gehalt als Nieselfeld-Direktoren angestellt sind.

Darauf wird ein Schlusstratagem angenommen und nach einer scharfen Verwahrung des Referenten gegen den Stadtrath Struve der Aufschußantrag mit großer Mehrheit genehmigt.

Bei der Vorlage betr. die Ferien der höheren Schulen für 1896 fordert Stadtv. Schulz I neuerdings den Magistrat auf, für die Gleichstellung der Ferien der höheren Lehranstalten mit denen der Gemeindeschulen zu wirken.

Zu den Kosten eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I., das in Schmargendorf aufgestellt werden soll, beantragt der Magistrat die Bewilligung von 300 M. aus dem Etat der städtischen Gaswerke.

Stadtv. Singer: Ich beantrage, die Vorlage abzulehnen, da wir es nicht als Aufgabe der Stadtverwaltung erachten können, die Gelder der Steuerzahler zu solchen Sozialitäts- und höfischen Zwecken zu verwenden. (Unruhe.) Sollte aber die Mehrheit bewilligungsfähig sein, so bitte ich sie, die Vorlage nur unter der Bedingung anzunehmen, daß Bauverträge mit der Ausführung des Denkmals beauftragt wird und daß es die Kameel-Zuschuß nicht vergißt. (Weiterkeit und Unruhe.)

Die Vorlage wird angenommen.

Schluß 9 Uhr.

Tokales.

Auf Gummi. Auf Gummirädern zu fahren ist der maranteste Ausdruck eines schleimharten Wohllebens. Es macht einen mehr als peinlichen Eindruck, wenn in einer Stadt, in der täglich Hunderte und Aberhunderte der Allerleibdesten nicht einmal eine ärmliche Stätte finden, wo sie ihr müdes Haupt und die hungergeschwächten Glieder zur Ruhe niederlegen können, eine Kinderzahl den Luxus so weit treibt, den raffiniert lebhaften Wagen auch noch mit Gummireifen zu versehen.

Bei manchen Personen, denen vielleicht der Wagen vorzuziehen knurrt, steigert sich dies Gefühl bis zu einer solchen

Höhe, daß ein geschickter Staatsanwalt mit Hilfe des dolus eventualis leicht zu einer Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß gegen die Besitzer solcher Gummiräder-Wagen kommen könnte. Außerdem aber könnte bei dem jetzigen regnerischen und schmutzigen Wetter Anklage wegen großen Unfalls auf alle Fälle erhoben werden, da die Gummiräder die unangenehme Eigenschaft haben, wahre Rutschbahnen auf die Passanten regnen zu lassen, damit aber doch zweifellos das Publikum physisch belästigen.

Wie behandelt man deutsche Soldaten? „Zur Unreinlichkeit neigende, unsaubere Individuen werden schon als Rekruten bald erkannt. Man läßt sie von ihren Kameraden einmal gründlich mit Sand und Besen unter der Kasernenhof-Pumpe bearbeiten. Besonders wirksam und Heilung versprechend soll die Kur im Winter sein, wenn es friert und Schnee liegt. Höchst selten ist die Wiederholung einer solchen Manipulation notwendig; gewöhnlich ist der Verbrecher nach einmaliger Behandlung kurirt.“ ... „Die Matrosen müssen zweimal wöchentlich das weiße Arbeitszeug und das Unterzeug wechseln. Da sie sich dasselbe selbst waschen müssen, so wird auch der kleinste Schmutz streng gerügt und eine entsprechende Strafe, z. B. in Salzwasser das betreffende Stück nochmal waschen — was eine gewisse Virtuosität erfordert — es soll dabei nicht ohne Haut-Abschürfungen vor sich gehen — folgt auf dem Fuße.“

Wo finden sich diese Enthüllungen? Etwa in einem geheimen Erlaß oder in den Aufzeichnungen eines der Sicherheit holder im Auslande lebenden früheren Soldaten? Mit nichten! Von einer dertartigen Behandlung deutscher Soldaten wird Kunde gegeben in Nr. 46 der hier in Berlin im Verlage von W. Biewes erscheinenden Zeitschrift „Das Kasino“, Unterhaltungsblatt für die deutschen Offiziere.“ Und zwar geschieht einer solchen Behandlung deutscher Soldaten Erwähnung nicht in tadelnder Form, sondern gewissermaßen zur Nachreinerung. Denn es heißt in dem betreffenden „Aus dem Tagebuch eines See-Ladetten“ überschriebenen Artikel: „Auf diese Weise wird der Kriegsschiff-Matrose ein Muster der Ordentlichkeit und Pünktlichkeit. Und nützlich wirkt dies auf sein ziviles Leben, wenn er zur Entlassung gekommen ist. Der dumme, schamlose Sohn Raffabienz, der bisweilen als halbes Thier zur Einstufung kommt, wird als verständiger, ordentlicher und brauchbarer Mensch mitlassen. Dies alles dankt er der guten Erziehung, die er in Sr. Majestät Gottes durch den unermüdeten Eifer pflichtgetreuer Offiziere und die strenge Fuchtel der niederen Vorgesetzten erhält.“ Das konservative Raffabienz mit seinen „dummen schamlosen Söhnen“ ist bekanntlich das Eldorado unserer agrarischen Parentäliden. Wir wissen nicht, ob das Sprichwort „Wie der Herr so der Knecht“ auch auf diese Gegend Anwendung findet. Auf jeden Fall geben aber die aus dem Offiziersblatt abgedruckten Stellen von der Denkart seinerzeitigen Vorgesetzten und Mitarbeiter interessante Kunde.

Die Universitätsbehörde gegen die Frauen. Das Direktorium der akademischen Lesehalle hatte diejenigen Damen als Abonnenten zugelassen, welche die Berechtigung haben, als Dozentinnen an der Universität Vorlesungen zu hören. So trat im vergangenen Sommer eine Polin als erstes weibliches Mitglied in die Lesehalle ein und in diesem Winter folgten ihr zwei andere Damen. Rektor und Richter der Universität sind jedoch mit dieser bedingten Zulassung weiblicher Abonnenten nicht einverstanden, zumal auch die Sitzungen hierüber keine Bestimmungen enthalten. Sie haben dem Direktorium aufgegeben: Frauen fortan den Zutritt zur Lesehalle nicht mehr zu gestatten. Das ist echt preussische Wissenschaftlichkeit.

Die Volkszählung wird das überraschende Ergebnis liefern, daß Berlin etwa 7800 Nachtwächter und Schutzeute hat, während in Wirklichkeit nur etwa 5220 vorhanden sind. Das geht (wie ein Berichterstatter wissen will) so zu: Die am 1. Dezember mittags auf Wache ziehende Hälfte hatte ihre Zählkarten zu Hause ausgefüllt und auch teilweise schon abgegeben. Beim Appell wurde nun mitgeteilt, daß die diensthabenden Mannschaften auf der Wache gezählt werden müssen. Es sollen dadurch etwa 2000 Beamte doppelt gezählt worden sein. (U) Bei der Bedeutung, welche die Schutzmannschaft in Berlin einnimmt, gebührt es sich auch eigentlich, daß sie doppelt gezählt wird.

Ueber den Zusammenstoß eines Stadtbahnzuges mit einem Güterzug bringt ein Berichterstatter folgende Meldung: Der am Mittwoch Abend um 7 Uhr 30 Minuten von Nixdorf abzufahrende Stadtbahnzug 1893 war auf dem dortigen Bahnhöfe vorgefahren und hatte sich schnell mit Passagieren gefüllt, als plötzlich ein Güterzug von hinten und zwar von Tempelhof herangebraust kam. Die Stationsbeamten bemühten sich vergeblich durch Signale den Güterzug zum Stehen zu bringen. Während der Maschinen dieses Zuges Kontrebampf gab, gaben die Maschinen des Stadtbahnzuges, um den Zug vorwärts zu bringen, Vollampf, wodurch eine mitleidige Katastrophe, die vielen Personen verberblich hätte werden können, entstand. Trotzdem aber erfolgte doch noch ein Zusammenstoß beider Züge und zwar mit solcher Gewalt, daß der von 12 Personen besetzte Schlusswagen des Stadtbahnzuges erheblich beschädigt und aus dem Geleise gehoben wurde. Der Passagiere bewachte sich eine suchbare Aufregung und in das Schreien der Frauen mengten sich die Kommandanten der Beamten, dazwischen schritten die Ratschläge der Lokomotiven. Mehrere Passagiere hatten glücklicherweise nur ganz unbedeutende Kontusionen dadurch erlitten, daß sie von den Säulen herabgeschleudert wurden, sonst sind ernstere Unglücksfälle nicht zu verzeichnen. Der stark beschädigte Wagen und die Lokomotive des Güterzuges mußten außer Betrieb gesetzt werden. Die Sperrung des Hauptgleises dauerte jedoch nur eine Stunde. Nach den sofort angestellten Ermittlungen ist der Zusammenstoß dadurch verursacht, daß die Laterne des Einfahrtssignals nicht brannte, obwohl sie vorchristlichmäßig angezündet war und auch noch kurz vor Einlaufen des Güterzuges gebrannt hatte. Ob hier jemand absichtlich die Lampe gelöscht, und ob damit ein Unbenschreck beabsichtigt war, wird vielleicht die Untersuchung ergeben.

Die Pferdebahnlinie Kottbusser Thor—Weddingplatz ist seit gestern bis zur Schulstraße verlängert worden; die Preise der Karte bleiben unverändert; dagegen sind zwei neue 10 und 15 Pf.-Theilstraßen eingeschoben.

Vom modernen Grundstückschwindel. In welcher Weise jetzt Häuser „umgesetzt“ werden, zeigt wieder einmal folgender Fall: Der Besitzer eines Grundstücks in Friedenau in der Kaiser-Allee, namens Streichbahn, hatte es vor etwa fünf Monaten an einen gewissen Franke in Berlin verkauft. Dieser sollte nun an die Gemeinde Friedenau die Umfahrentaxe von 871 M. entrichten, kam der Mahnung jedoch nicht nach, weshalb nun die Stadt Berlin die Steuer für Friedenau einziehen wollte und das Mobiliar pfänden ließ. Hiergegen machte jedoch Frau S. das Retentionsrecht geltend, weil das ganze Mobiliar ihr gehöre. Dabei stellte es sich heraus, daß Franke schon garnicht mehr der „Besitzer“ des betreffenden Hauses war, sondern es bereits wieder an einen „Architekten“ Meyer, der in Berlin in Schlafstelle wohnte, „verkauft“ hatte. Doch auch dieser war nicht mehr der Eigentümer des Grundstücks, der hatte es schon wieder an einen anderen, Namens Rau, in Spandau verkauft. Als nun von diesem neuesten Besitzer die Steuer gefordert werden sollte, erfuhr man, daß er in Spandau nicht einmal postgeilich gemeldet und nicht zu finden sei. Danach ist wohl anzunehmen, daß auch er das Haus schon wieder an irgend einen „Architekten“ in Schlafstelle oder dgl. „weiterverkauft“ hat. Wer aber der Besitzer des Grundstücks wirklich ist, das weiß kein Mensch. Die Gemeindeverwaltung von

Friedenau hat daher jetzt beschlossen, den ersten Käufer Franke den Offenbarungseid leisten zu lassen und nöthigenfalls den früheren Besitzer Streichbahn zur Zahlung der Umfahrentaxe heranzuziehen.

Durch die Presse ging vor einiger Zeit die Nachricht, daß ein Schumann einer Dame, die mit einigen anderen auf dem Bürgersteige stand, auf die Schulter geklopft und gesagt habe; „Treten Sie lieber beiseite, es könnte sonst ein Schumann kommen.“ Auf einen Ermittlungsbeschlüß hin hat sich hiesigen Blättern zufolge ein alter Wachtmeister als „Thäter“ gemeldet. Er wurde nun zu seinem Chef befohlen, um, wie er befürchtete, sich einen Verweis zu holen.

Ein Stützenbild. In dem Hause Nummelsburgerstraße 62 zu Friedrichsberg wohnt das Arbeiter-Ehepaar Weiland, das eine 13jährige Tochter besitzt. Auf demselben Grundstück befindet sich auch das Kohlegeschäft von Ernst Krausch, dem die Kinder aus dem Hause wohl beim Verladen der Kohlen behilflich sind. Bei solchen Handreichungen soll nun Krausch die kleine Weiland schon im November zweimal in den Kohlenschuppen geschleppt und vergewaltigt haben. Der Mutter des Mädchens wurde das von einer Schulfreundin ihrer Tochter erzählt, diese selbst aber wollte mit der Sprache bisher nicht heraus. Ein Arzt stellte fest, daß mit dem Mädchen thätfächlich geschlechtlicher Umgang gepflogen worden ist und daß dieser anscheinend nicht ohne Folgen bleiben wird. Die Beschuldigung gegen den Kohlenhändler sprach sich herum und kam so auch zur Kenntniß der Behörde. Diese nahm Krausch am Dienstag fest und brachte ihn nach Moabit in das Untersuchungs-Gefängnis. Krausch bestreitet jede Schuld, die Weiland's dagegen behaupten, daß er ihnen ein Schweigegebot geboten habe.

Selbstmord? Noch nicht zum Abschluß gekommen sind die Ermittlungen in einem Todesfalle in der Adalberstr. Nr. 7. Der 45jährige Schuhmacher Karl Bause, der dort auf dem Ho'e zu ebener Erde ganz allein wohnte, hat sich seit dem 1. d. M. nicht sehen lassen. Die Hausbewohner, denen dies auffiel, machten sich gestern, Mittwoch, Nachmittag endlich daran, in der Wohnung einmal nachzusehen. Sie fanden Bause auf dem Fußboden liegend tot auf. Der Leiter der 10. Sanitätswache, Heilgheile Heise, der herbeigerufen wurde, erkannte bald, daß Wiederbelebungsversuche zwecklos waren. Nach seiner Meinung liegt Vergiftung vor. Der Tod scheint wohl schon 48 Stunden vor dem Auffinden der Leiche eingetreten zu sein.

Eine sehr kräftige Natur hat der Löpfer Hermann Dabertow aus der Vorstraße 3. Dabertow, ein Mann von 35 Jahren, wurde in der letzten Nacht um 11 1/2 Uhr in der Straße am Circus vor dem Hause Nr. 4 hilflos aufgefunden und auf Veranlassung eines Schuttmannes von 5. Revier mit einem Krankenwagen der Charitee in dieses Krankenhaus gebracht. Hier kam er bei vollem Bewußtsein an und erzählte, daß er mit einem Schwager des Weges gegangen und in Streit gerathen sei. Sein Schwager habe ihm schließlich einen so kräftigen Stoß versetzt, daß er umgefallen sei und nicht habe aufstehen können. Es stellte sich heraus, daß er einen schweren Bruch des linken Unterarmes erlitten hatte, so daß ihm Knochensplinter an verschiedenen Stellen durch das Fleisch gedrungen waren. Trotz dieser schweren Verletzung war der Mann so ruhig, als ob nichts vorgefallen wäre.

Eine Gas-Explosion ereignete sich gestern Vormittag in der Droguenhandlung von Rudolf Seebe, Alte Jakobstr. 71. Der Inhaber des Geschäfts haantierte mit Licht an dem nicht funktionierenden Gasmesser. Dabei entzündete sich das Gas plötzlich mit starkem Knall und setzte den Laden in Brand. Herr S. wurde schwer an beiden Händen verletzt. Die Feuerwehr löschte nach kurzer Zeit die Flammen.

Ein Raubveruch wurde am Mittwoch Abend von fünf Männern an dem Gastwirth Geyler, Frankfurter Allee 4, begangen. Einer der Thäter eilte mit 25 Mark, die er in der Gaststube erbeutet hatte, davon, während es dem Wirth und den Gästen gelang, die übrigen festzuhalten, bis Schutzleute geholt worden waren. Auch der Entkommene, ein „Arbeiter“ Böhne wurde später dingfest gemacht.

Polizeibericht. Am 3. d. M. Mittags wurde eine in der Müllerstraße wohnhafte Jean und am 4. d. M. Abends ein in der Oranienstraße wohnhafter Mann erhängt vorgefunden. — Am 4. d. M. Nachmittags wurde ein Schuhmacher in seiner Wohnung in der Adalberstraße todt aufgefunden. Er hat sich wahrscheinlich vergiftet. — In der Luisenstraße fiel ein Arbeiter infolge eines Fehltritts hin und brach sich ein Bein. — Abends wurde in der Straße am Circus ein Mann von einem anderen zu Boden gestoßen und brach sich dabei ein Bein.

Witterungsübericht vom 5. Dezember 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C = 40° F.)
Ewinemünde	742	SW	6	Regen	5
Hamburg	742	SW	7	Regen	7
Berlin	747	SW	5	Regen	6
Wiesbaden	756	SW	2	bedeckt	9
München	781	SW	8	bedeckt	4
Wien	761	W	4	bedeckt	7
Paranaba	733	SW	4	bedeckt	0
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	757	SW	6	halb bedeckt	12
Aberdeen	784	SW	5	bedeckt	4
Paris	763	SW	4	bedeckt	9

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. Dezember 1895. Warmes, zeitweise aufklarendes, vorwiegend trübes Wetter mit Regenfällen und starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Gerhart Hauptmann's „Florian Geyer“ wird voraussichtlich am 4. Januar des nächsten Jahres am Deutschen Theater seine erste Aufführung erleben.

Schiller-Theater. Reif-Reiflingen, Schwank in 5 Aufzügen von G. v. Moser. Das längst abgespielte Lustspiel hat gestern im Schiller-Theater ein überaus dankbares Publikum gefunden. Lachsalven folgten auf Lachsalven, so hat die Moser'sche Theaterkunst wieder in Berlin eine Stätte gefunden. Auch mit der Aufführung war das Publikum sehr zufrieden. Der Titelheld (Albert Patry) gab die Gestalt des Helden nicht lieutenantmäßig. Er hätte eben so gut einen Kaufmann oder Rechtsanwalt verkörpern können, sonst war sein Spiel gut. Trefflich verkörperten Willi Felty und Meta Jling das alte Ehepaar Folgen, verdienten Beifall fand Grete Meyer als „Fösterochter“ Agnes Werner als Sibilla Ueber. Auch an den übrigen Darstellern war nichts zu tadeln.

Die Wahregelung mißliebiger Universitätslehrer, die in Preußen vom Kultusminister zu über verhandelt wird, ist im freien Amerika Sache der großen — Kapitalisten. Aus Chicago wird der „Frankfurter Zeitung“ über die Entlassung eines Professors Dennis geschrieben, daß dieser Lehrer der Staatswissenschaften wegen seiner Offenheit in sozialpolitischen Dingen den Direktoren der Chicagoer Universität und ihren reichen Gönnern mißliebig geworden sei. Die Hochschule in Chicago ist nämlich von dem bekannten Petroleumkönig Rockefeller mit

5 Mill. Dollar gegründet worden. Der Universitätsdirektor Harper hatte, als Bennis eine Rede über den großen Eisenbahnstreik gehalten und darin das Verhalten der Eisenbahnen einer scharfen Kritik unterzogen hatte, Bennis gesagt, er könne sich in keinem Klub der Stadt mehr sehen lassen, ohne wegen dieses Verhaltens eines Gliedes der Universität zur Rede gestellt zu werden. Bei einer anderen Gelegenheit bemerkte er Bennis gegenüber, sie dürften „die andere Seite“, von der sie das Geld bekämen, nicht verkümmern. Ja, einer der Direktoren sagte zu Bennis: „Es ist eine Schande, daß ein Mann in Ihrer Stellung es wagt, zu behaupten, daß die Eisenbahnen nicht mit reinen Händen ins Gericht kommen können; es ist Schmachvoll.“

Harper hat nunmehr verlegenheitshalber die Fähigkeiten Bennis herabzusetzen gesucht, doch scheint ihm niemand zu glauben. Kurz nach der Entlassung von Bennis schenkte Redefelder der Anstalt eine Million Dollar und versprach, wenn von anderer Seite bis zum 1. Januar 1900 zwei Millionen aufgebracht würden zur Erweiterung der Universität, wolle er zwei weitere Millionen hinzufügen. — Die Freiheit der Wissenschaft ist überall, wo der Kapitalismus herrscht, ebenso eine Chimäre, wie die Freiheit der Person.

Gerichts-Beilage.

Montreprozeß wegen angeblicher Polizeibekleidigung. Ein umfangreicher Bekleidungsprozeß sollte gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I gegen unseren Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen verhandelt werden. In dem kürzlich gegen ihn stattgehabten Prozesse blieben einige Punkte unerledigt, weil der Angeklagte eine eingehende Zeugenvernehmung darüber verlangte, daß tatsächlich eine Anzahl Personen von Polizeibeamten auf den Wachen und dem Wege dahin gemißhandelt worden seien. Auch eine Bekleidigung des Landgerichtsdirektors Brausewetter stand noch zur Verhandlung aus. Zum gestrigen Termin waren über 100 Zeugen geladen, wovon etwa die Hälfte Schulpflichtige waren. Der große Schwurgerichtssaal vermachte die Zeugen kaum zu fassen.

Es kam nicht zur Verhandlung, nur sämtliche Zeugen wurden zwecks ihres erneuten Ladung zu dem später zu erwartenden Bienenprozeße schickte. Dem Gerichtshof war der am Mittwoch Nachmittag gefasste Beschluß des Reichstags betreffs der Aussetzung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Stadthagen während der Dauer der Tagung, zugegangen und es mußte selbstverständlich diesem Beschlusse stattgegeben werden.

Wegen vorzeitiger Veröffentlichung einer Stelle aus einer Anklagechrift wurde gestern unser Genosse Jacoben vom „Sozialdemokrat“ vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Unter der Ueberschrift „Der dolus eventualis geht um!“ hatte der Angeklagte im „Sozialdemokrat“ einen Passus aus einer gegen einen gewissen Zimmermann in Chemnitz erhobenen Anklage wörtlich wiedergegeben. Der Angeklagte machte geltend, daß er durch die Wiedergabe dieses kurzen Absatzes nicht gegen die §§ 17 und 18 des Preßgesetzes verstoßen habe und zahlreiche andere Blätter vor ihm auch jenen Passus abgedruckt hätten. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. und der Gerichtshof erkannte auf 20 M. Geldstrafe.

Wegen einer Beleidigung ist gegen einen Mann, dessen geistige Zurechnungsfähigkeit lebhaft bestritten wurde, auf eine geradezu bestmöglich hohe Strafe erkannt worden. Der 65 jährige Schneidermeister Eduard Homann stand gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, der durch seine Ausdrucksweise sowie sein ganzes Auftreten häufig die Heiterkeit (i) des Gerichtshofes erregte, hat eine bewegte Vergangenheit, er ist Pampelnidelfabrikant, Agent und nach seiner Behauptung auch Schriftsteller gewesen. Im Oktober d. J. ging es ihm so schlecht, daß er von der Behörde als Hospitalist in Rummelsburg untergebracht wurde. Ende Oktober erschien er eines Tages in der Hier'schen Weinhandlung in der Wallstraße, stellte sich als Dr. Homann vor und prüfte mit Remerminene verschiedene Weine der besten Sorte. Er bestellte dann für etwa 30 M. Wein, der ihm nach seiner in der Kurstraße gelegenen Wohnung geschickt werden sollte. Der Angeklagte trat der Vertreterin im Hier'schen Geschäft gegenüber als wohlhabender Gönner auf, bezeichnete einen Tisch als Stammtisch für sich und mehrere noch zu erwartende gelehrte Herren und versprach, daß er die kleine Richte der Vertreterin mit einem Legat von mehreren tausend Mark bedenken wolle. Bei allen diesen Versprechungen verfuhr er nicht, seinem Körper Speisen und Getränke zuzuführen, er machte eine Zeche von über drei Mark und schlief dann ein. Gegen 10 Uhr abends wurde er aufgeweckt. Der angebliche Krösus besah nur einige Spielmarken und eine wertlose Kinderuhr. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 6 Monate Gefängnis, während sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gopmann, Zweifel über die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten anregte, der u. a. behauptet hatte, daß er einmal infolge von Kohlenoxydvergiftung „als Leiche“ nach der Charité gebracht worden sei. — Der Gerichtshof hielt den Angeklagten zwar nicht für normal, aber keineswegs für geisteskrank. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und zweijährigen Ehrverlust, da der Angeklagte mehrfach vorbestraft sei! Wäre beim Angeklagten eine Prüfung des Geisteszustandes vor der harten Verurteilung nicht am Platze gewesen?

Wegen Verletzung des Briefgeheimnisses hatte sich am Donnerstag der Gemeindediener Robert Heinrich aus Nixdorf vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Dem Eigentümers Karl Troll war es wiederholt angefallen, daß fremde Leute in seiner Nachbarschaft früher von für ihn bestimmten amtlichen Verfügungen z. Kenntnis hatten als er selbst. Er schöpfe schließlich Verdacht, daß der mit der Zustellung der amtlichen Sachen betraute Gemeindediener Heinrich durch unbefugtes Öffnen der Briefe von dem Inhalt derselben Kenntnis nehme und davon gegen dritte Gebrauch mache. Verdacht wurde Troll in diesem Glauben, als er am 7. Oktober d. J. einen amtlichen Brief durch Heinrich zugestellt erhielt, dessen Verschluss mehrfach verlehrt war. Er begab sich damit noch dem Amtsamt und führte bei dem Amtsdirektor Mier die Beschwerde. Mier ließ den Gemeindediener Heinrich rufen und zeigte ihm, ob er den Brief geöffnet habe, was Heinrich entschieden bestritt. Erst als nach langem Hin- und Herreden Troll erklärte, er werde auf eine Strafanzüge verzichten, wenn Heinrich der Wahrheit die Ehre gebe, gestand dieser, daß er den Brief geöffnet habe. Troll erklärte darauf, daß er eine Anzeige nicht erstatten wolle, wenn dem Gemeindediener Heinrich ein anderes Revier angewiesen werde, was der Amtsdirektor versprach. Als aber Heinrich nach einigen Tagen noch im selben Revier amtliche Sachen beistellte, erhaltete Troll Anzeige, worauf gegen Heinrich Anklage erhoben wurde.

In der Hauptverhandlung gab der Angeklagte zu, den Brief geöffnet zu haben, jedoch nicht etwa zu dem Zwecke, Kenntnis von dem Inhalt desselben zu erlangen, sondern nur lediglich aus folgendem Grunde: Er habe kurz vor der Bestellung Spindal gegessen und darauf aus Versehen den Brief mit fettigen Fingern angefaßt. Da er den Adressaten als sehr peinlichen Herrn kenne, habe er sich überzeugen wollen, ob das im Kuvert enthaltene Altkennstück etwa ebenfalls fettig geworden sei. Einzig und allein zu diesem Zwecke habe er das Kuvert geöffnet und als er sah, daß das Altkennstück unversehrt geblieben, habe er den Umschlag wieder zugeklebt und mit einer Siegeloblate verschlossen, ohne von dem Inhalt des Altkennstücks Kenntnis genommen zu haben. — Zeuge Troll bekundet, daß er oft schon 4—5 Tage vor Empfang amtlicher Zustellungen von anderen Leuten erfahren habe, was in den Zustellungen enthalten war. Darauf habe er seinen Briefen mehr Aufmerksamkeit geschenkt und den vorliegenden Fall entdeckt. Er legte den Briefumschlag dem Gerichtshof vor und war aus dem-

selben zu ersehen, daß das zweite Siegel sehr vorsichtig so aufgeklebt war, daß es das erste fast genau bedeckte. Dasselbe Mandat war mit einem zweiten vorgelegten Schreiben, welches den Troll früher zugestellt worden war, gemacht worden, doch bestritt Heinrich, von diesem Fall etwas zu wissen. — Zeuge Amtsdirektor Mier war der Ansicht, daß Heinrich geglaubt, es handle sich in dem Briefe an Troll um einen Bescheid auf eine Beschwerde gegen den Amtsdirektor Schmidt, und da Heinrich mit diesem eng befreundet war, habe er sich behufs Mittheilung an Schmidt von dem Inhalt Kenntnis verschaffen wollen. Hätte Heinrich wirklich den Briefumschlag fettig gemacht, so hätte er im Amtsamt um neue Kouvertierung ersuchen können, er selbst, das mußte er wissen, durfte den Brief nicht öffnen. — Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten der Verletzung des Briefgeheimnisses für schuldig und verurtheilte denselben zu 20 M. Geldstrafe, ev. 4 Tagen Gefängnis.

Ein Raubakt wurde von dem Dienstmädchen Johanna Kallweit am Tage vor der Entlassung aus dem Dienste ausgeführt, weshalb sie sich wegen Sachbeschädigung vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Bei der Frau Kaufmann Poppenberg diente die Angeklagte zwei Monate lang, bevor der Wechsel stattfand, noch die Fenster im Salon zu putzen. Hierbei bediente sie sich einer Leiter und benutzte die Gelegenheit, die Stehleiter an das Vertikal zu schieben, um das darüber hängende Delgemälde zu beschädigen. Dieses stellt in Lebensgröße den Hansjahn dar. Mit einem Messer stach die Angeklagte in das Bild, so daß vier scharfe Schnitte im Gesichte und am Halse des Porträts sichtbar waren. Die Angeklagte bestritt ihre Schuld und behauptete, daß der 16jährige Sohn von dem Nebenzimmer aus mit einem Pfeile auf das Bild geschossen habe. Diese Behauptung wurde widerlegt, da sich der Gerichtshof selbst von den beschädigten Stellen überzeugte, die deutlich von einem Messer herrührten. In anbetragt der gemeinen Gefährdung, sowie des entstandenen Schadens wurde auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen erkannt.

Soziale Uebersicht.

Der erste Bürgermeister Münchens verspricht einer Deputation der Arbeitslosen thumlichstige Juweigung von städtischen Winterarbeiten, sowie eine von den Arbeitslosen erbetene Veränderung des Status des städtischen Arbeitsamts in dem Sinne, daß die dort zuerst angemeldeten und von diesen wieder die Verheiratheten und in München Heimathberechtigten bei der Vergebung von Arbeit zuerst berücksichtigt werden sollen.

Von den Gewerbegerichten. Aus Württemberg wird uns geschrieben: Die Gewerbegerichte nehmen an Zahl immer mehr zu, doch befaßt es an den meisten Orten erst des energischen Eingreifens der Arbeiter, bis eines errichtet wird. Ähnlich wie kürzlich in Schwab. Hall beschloßen nun auch in Gdingen (Württemberg) die bürgerlichen Kollegien die Einführung eines Gewerbegerichts, doch haben die Arbeiter sich vorher an beiden Orten erst beschwerdeführend an die Kreisregierung wenden müssen. In Oberndorf, dem Sitze der Mauser'schen Gewehrindustrie, wurde die Errichtung eines Gewerbegerichts abgelehnt. Württemberg befaßt zur Zeit 16 Gewerbegerichte; in allen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern, mit Ausnahme der zweiten Residenz Ludwigsburg, befinden sich jetzt solche.

Aus der Schweiz. Das Brugger Bezirksgericht (St. Margan) hatte den dortigen Bäckermeister Verein zu einer Entschädigung von 5000 Franks an einen von ihm defektisirten Bäckermeister verurtheilt. Der verurtheilte Verein rekurrierte an das aargauische Obergericht, das aber das Urteil aufrecht erhielt und nur die Entschädigungssumme auf 2500 Franks reduzierte.

Schiedsgerichte der Fachvereine. Der katholische Sozialreformer Graf de Mun in Paris hat in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, um den aus Arbeitern und Arbeitgeber bestehenden Fachvereinen die Errichtung ständiger Schiedsgerichte ohne vorherige behördliche Erlaubnis zu gestatten. Die Fachvereine derselben Zusammensetzung sollen auch ermächtigt sein, Schenkungen und Vermächtnisse anzunehmen, sowie Grundbesitz zu erwerben, um Arbeiterwohnungen, Anstalten für Waisen, Kranke und Greise zu gründen und zu leiten.

Gewerkschaftliches.

Aus Rußland. Der Weberstreik in der russischen Fabrikstadt Jwanowo-Wosnessensk, über den in Nr. 268 des „Vorwärts“ berichtet wurde, ist am 18. Oktober, also 14 Tage nach seinem Beginn beendet worden, und zwar zu ungunsten der Arbeiter. Die Bauern, die soeben die Feldarbeiten beendet hatten, gaben sich als Streikbrecher her. Als sich ihrer 150 fanden, nahmen auch die streikenden Weber, der eine nach dem andern, die Arbeit auf. Von den 2000 Streikenden wurden 80 nicht wieder angenommen. Da die Arbeiter sich im Laufe der ersten sieben Tage nach dem 1. Oktober entschlossen hatten, nicht mehr zur Arbeit zu kommen — also zu einer Zeit, wo ihnen dies vertragmäßig gestattet ist — können sie von den Behörden nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Ein neuer Weberstreik brach am 5. November in der Tuchfabrik von Thorn in Petersburg aus. An diesem Tage haben nachmittags von den 2200 Arbeitern der Fabrik 500 die Arbeit eingestellt. In den Korridoren der Fabrik zusammenstehend, daten sie den Direktor um Erhöhung ihrer Akkordlöhne, da infolge dessen, daß auf der Fabrik seit dem Monat Juni nur 3—4 Tage in der Woche gearbeitet wird, ihr Verdienst sehr gesunken sei. (Einige Arbeiter verdienen nur 20—30 M. im Monat. Der Direktor der Fabrik wollte zuerst keine Erhöhung des Lohnes zugestehen, versprach aber dann, in ein paar Tagen die Löhne zu erhöhen. Als die Arbeiter jedoch das bündige Versprechen forderten, daß der Lohn für jedes Stück Waare auf 2 Kopelen (= 4 Pfennig) erhöht werde, weigerte sich der Direktor, ein solches Versprechen zu geben, indem er sagte, er würde vielleicht für die einen Waarensorten den Lohn mehr, für die anderen weniger, als auf 2 Kopelen pro Stück erhöhen, daher solle man die Entscheidung der Angelegenheit auf ein paar Tage verschieben. Die Arbeiter erklärten, daß sie in diesem Falle diese paar Tage nicht arbeiten würden. Dem noch an demselben Tage angekommenen Fabrikinspektor gelang es nicht, die Arbeiter zu überreden, die Arbeit wieder aufzunehmen, sie blieben bis 7 Uhr abends in Haufen in den Korridoren der Fabrik stehen und gingen dann ruhig in ihre Wohnquartiere. (Alle Arbeiter der Thorn'schen Tuchfabrik wohnen in Fabrikshäusern). Am andern Tag erschienen um 8 Uhr morgens auf der Fabrik der Hauptfabrikinspektor, der Fabrikinspektor des Distrikts, wo sich die Fabrik von Thorn befindet, und einige Vertreter der Polizei. Auf das Zutreden dieser Beamten, die Arbeit wieder aufzunehmen, erwiderten die Arbeiter beharrlich, sie könnten für die bisherigen Löhne nicht weiter arbeiten, da ihr Verdienst unter das für die Existenz erforderliche Minimum gesunken sei. Erst als den Arbeitern von den Vertretern der Fabrikinspektion und der Polizei versprochen wurde, daß ihre Mittelstellungen beachtet werden würden, gingen sie um 10 Uhr morgens ruhig zur Arbeit. Ueber die Ursachen, welche diesen Streik hervorgerufen haben, ist nun eine behördliche Untersuchung eingeleitet.

Versammlungen.

Nixdorf. In einer Versammlung des Verbandes der Müddelpolitzer Berlins und Umgegend sprach am 2. Dezember Kollege Robert Weber über Lohn- und Akkord-

Arbeit. Seine Meinung ging dahin, daß die Lohnarbeit im allgemeinen vorzuziehen sei, jedoch müßten die Müddelpolitzer mit der Akkordarbeit vorläufig noch rechnen, da die Organisation jedenfalls noch nicht stark genug wäre, um die Akkordarbeit bei der nächsten Lohnbewegung abzuschaffen. Im übrigen gäbe es Mängel in der Lohn- sowie in der Akkordarbeit. Vor allen Dingen wäre es erste Aufgabe, die Auswärtsfrage des Akkord wie des Lohnsystems zu beseitigen. So solle denn jeder bei jeder passenden Gelegenheit für die Organisation agitieren, damit die indifferenten Kollegen endlich, aus ihrem Schlummer erwachend, sich dem Verbands angeschlossen und dieser genügend gestärkt wird; dann werde es auch gelingen, etwas Ersprießliches zu leisten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Unter Verschiedenem ersuchte D. Schulz die Kollegen, daß in den Versammlungen, wo noch keine Fragebogen ausgefüllt sind, das Versteck so schnell wie möglich nachgeholt wird. Zum Schluß ersuchte Hermann Suttner unter Betonung des Wertes der Arbeiterpresse, diese fleißig zu unterstützen.

Vermischtes.

Aus Kiel wird gemeldet: Ein unerwarteter Besturm löst seit der Mittwoch Nacht. Eine dänische Galeasse ist bei Friedrichsort gestrandet. Durch Robreien des Ankers des Zollwachschiffs wurde die Kabelleitung zerlegt.

Bei einer Kollision des Panzerschiffes „Friedrich Karl“ mit einer Hölle in der Gdarnsörder Bucht am 3. d. M. ist der Matrose Friedrich Pleßer von der 4. Kompanie der 1. Matrosendivision ins Wasser gefallen und ertrunken. Die Leiche ist geborgen.

Der Duisburger „General-Anzeiger“ brachte dieser Tage folgende Notiz: „Folgen eines dummen Scherzes. Der aus Uerdingen gebürtige, jetzt in Weh seiner Militärpflicht Genüge leistende Rekrut M. erhielt kürzlich einen Brief mit dem Poststempel „Uerdingen“ in großem blauen Konvert und dem Absendervermerk „M. Bebel aus Chemnitz“. Infolge dessen geriet M. in den Verdacht, mit dem sozialdemokratischen Führer befreundet und selbst Sozialdemokrat zu sein. Der Brief wurde in Gegenwart höherer Offiziere geöffnet, er enthielt nur einen falschen Hundertmarkechein, eine Verlobungskarte von M. fernstehenden Personen, eine Zeichnungliste der Marienburger Geldlotterie und vier 10 Pf.-Marken. M. wurde sofort einer Leibesuntersuchung unterworfen, und später wurden auch seine sämtlichen Sachen, Spind und Bett untersucht. Der M. schrieb einem seiner hiesigen Freunde, er möchte den anonymen Absender aufspüren. Bald gelang es auch, den Thäter in der Person des Schankwirthes J. E. zu entdecken. Ein Leumundsgewinn des Herrn Bürgermeisters, sowie seiner früheren Arbeitgeber, der Firma M. B. u. Ko., das, wie man hört, sofort an den Chef des Regiments abgehandelt wurde, wird dem unglücklichen Soldaten wohl helfen. Etwas bleibt aber vielleicht hängen, und das hat er dann einem dummen Scherz zu verdanken.“

Wenn die Sache wahr ist, dann zeigt sie, daß man mit einer erkennlichen Phantasie begabt sein muß, um den deutschen Militärbesitz auch nur humoristisch mit einer „Perlenkolumne“ vergleichen zu können.

Der Hamburger Hammerstein. Aus Hamburg wird dem „B. L.“ berichtet: Der Redakteur Wald, welcher die hiesigen antisemitischen Blätter „Abwehr“ und „Deutsche Reform“ redigiert, wird freudig verfolgt, weil er Kautionschwindeln und Beschleissfälschungen verübt. Außerdem soll er mit dem Schwindelkonfession in Verbindung stehen, welches beim letzten Pferderennen Totalaffortickets fälschte. Die Affäre erregt großes Aufsehen.

Wenn ein König nach Paris geht. Im „B. L.“ lesen wir folgende Korrespondenz aus Brüssel: „Schon seit geraumer Zeit sind in der aristokratischen und bürgerlichen Gesellschaft der belgischen Hauptstadt Gerüchte über ein ernstes Zerwürfniß zwischen dem König und der Königin der Belgier verbreitet. Es ist längst ausgesprochen, daß die Königin Marie Henriette, welche notorisch an rheumatischen Schmerzen leidet, die ihr den Aufenthalt an trockenen Orten zur Pflicht machen, trotzdem in dieser rauhen Jahreszeit in ihrer feuchten Sommervilla in dem jetzt menschenleeren Ardennenbade Spaa verbleibt und keine Vorkehrungen zur Rückkehr nach Brüssel trifft. Alle Bemühungen, die Königin zum Verlassen ihres einsamen Sommeraufenthalts zu bewegen, haben sich als vergeblich erwiesen. Die häufigen Reisen des Grafen und der Gräfin von Flandern nach Spaa, ein Besuch, welchen König Leopold II. selbst erst vor einigen Tagen seiner Gemahlin machte, konnten nichts an dem Entschlusse der hohen Frau ändern. Da die Sache schließlich zum allgemeinen Gesprächsstoff zu werden begann, so wurden die offiziellen Zeitungen angewiesen, eine schwere Erkrankung der Königin zu melden, welche ihre Uebersiedelung nach Brüssel verhindere. Zum Unglück meldeten aber unabhängige Zeitungen, wie „Gazette“, „Patriote“ und das Antwerpener „Handelsblad“ auf Grund direkter Nachrichten aus Spaa, daß die Königin sich niemals einer besseren Gesundheit erfreute, als eben jetzt, und thatsächlich kann man die Königin täglich in Spaa auf ihren anstrengenden Promenaden sehen, ohne eine Spur von Krankheit an ihr zu bemerken. Die Wahrheit ist vielmehr die, daß die Königin über das Benehmen ihres Gemahls während seines längsten Aufenthalts in Paris gewisse Berichte erhielt, welche sie äußerst unangenehm berührten. Die belgischen und französischen Blätter brachten unvorsprochen die seltsamsten Einzelheiten über die Unterredungen des Königs Leopold II. mit der Tänzerin der Folies-Bergère, Mm. Emilienne d'Alençon und der Korzyphäe der Oper, Mm. Glés de Werode, welche beide zu den bekanntesten Mitgliedern der Pariser eleganten Welt gehören. Nach einer Meldung des Brüsseler „Soir“ besuchte der König Emilienne d'Alençon sogar in ihrer Wohnung. Schon vorher hatte der König die bekannte spanische Tänzerin Doro in Ostende auf dem Strande durch ein galantes Kompliment über ihre Schönheit ausgezeichnet. Alle diese Vorgänge kamen der Königin zu Ohren, und daraus erklärt sich die Verstimmung, die bei ihr jetzt Platz gegriffen hat.“

Belgische Blätter können bekanntlich selbst das Familienleben ihres verehrten Landesvaters kritisieren, ohne befürchten zu müssen, daß sie mit Majestätsbeleidigungs-Prozessen belästigt werden.

Ueber einen Kampf zwischen zwei Elefanten auf einem Ozeandampfer wird dem „Berl. Tagebl.“ aus New-York gemeldet: Auf der Fahrt des Dampfers „Persia“ von Hamburg hierher entspann sich zwischen zwei an Bord befindlichen Elefanten, Albert und Pilot ein furchterlicher Kampf, der zwei Stunden dauerte und die Passagiere in höchste Angst versetzte. Die mütthenden Thiere zertrümmerten alles, was an Deck in ihrer Nähe sich befand und brachten sich gegenseitig mit ihren Krallen entsetzliche Wunden bei. Das Deck schwamm im Blute. Nur mit äußerster Mühe gelang es den Wärtern, die Thiere auseinander zu bringen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine gewisse (welcher Anschaden oder eine Sache) anzugeben, unter der die Antwort erstattet werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet von jetzt ab am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6—7 Uhr, statt.

Der Zimmermann Friedrich Wöhlk aus Kiel wird gebeten, seine Adresse an die Redaktion des „Vorwärts“ einzusenden.

M. K. Senden Sie die Sache dem „Reisner Volksfreund“.

Uns fehlt die Kontrolle.
M. Trautsch, Luckenwalde. Dr. J.: E., Dresdenstr. 109.
— G. D.: G., Elisabethstr. 53.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, 6. Dezember.
Opernhaus. Menzi, der letzte der Tribunen.
Schauspielhaus. Der Störenfried.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Berliner Theater. Der Herrgottschneider.
König-Theater. Bettreuen.
Neues Theater. Divoorons.
Schiller-Theater. Reis-Reislingen.
Residenz-Theater. Der Rabenwatter.
Vorher: Aber die Ehe.
Adolph Ernst-Theater. Der kleine Lord.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer.
Vorher: Nr. 66.
National-Theater. Der Hüttenbesitzer.
Theater Unter den Linden. Der Zigeunerbaron.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Raufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Walner-Theater.)
Freitag: Reis-Reislingen.
Sonntag nachmittags: Das Pächchen von Heilbronn. — Abends: Reis-Reislingen.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 92. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungspost mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Wih. Mannstädt und Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
Alexanderstraße 40.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen:
Die kleinen Lämmer.
Operette in 2 Akten von Louis Verney. Abends 8 Uhr:
Die kleinen Lämmer.
Operette in 2 Akten von Louis Verney. Vorher:
Nummer 66.
Operette in 1 Akt von Offenbach. Morgen: Die kleinen Lämmer. Nr. 66.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
„Der Hüttenbesitzer“.
Schauspiel in 5 Akten von Georg Ohnet.
Regie: Max Samst.
Morgen: Der Hüttenbesitzer.
Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Regie: Julius Furt.
In Vorbereitung: „Der Jude“.
Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts in fünf Akten nach dem gleichnamigen Roman des Berliner „Vorwärts“ von Carl Spindler.

Neuer Circus.
Circus BUSCH
(Bahnhof Börse)
Freitag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Große komische Vorstellung.
Kotto: Witz, Humor und Laune.
Auftreten d. berühmten Reitschneiders Mr. A. Wells. Mr. Hubert Cooke als Jockeyreiter. Ein equestrisch. Arrangement von 70 Hengsten, dress. und vorgeführt vom Direktor Busch. Leopard, Pferd medienburgisch. Race, dressirt und geritten v. Herrn Footitt-Burghardt. Bär u. Schildwache, höchst komische Episode. Mr. Veldeman als Komponist. The Relampagos, Elite-Akrobaten. Entree der Rowns Tom-Tom, Gebr. Cavallini etc.
Zum Schluss:
Schwimmende Elefanten, schwimmende Pferde mit Reitern.
Grandioses Ballet.
Sonntag: Zacheus, d. Waldmädchen.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind unter 10 Jahren frei und abends 7 1/2 Uhr: **Ischus.**

Victoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112.
Heute, Freitag, den 6. Dezember: Vorlechts Soiree (vor Weihnachten) der
Stettiner Sänger
(Meyssl, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Sonntag: Extra-Soiree im Böhmisches Brauhaus.
Sonntag: Concerthaus Sanssouci.

Adolph Ernst-Theater.
Der kleine Lord.
Lebensbild in 8 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Mr. Hodgson-Burnett, überf. von Volten-Bäcker.
In Amerika 3240 Mal, in London 1262 Mal aufgeführt.
Darauf:
Die ewige Braut.
Operette in 1 Akt von W. Mannstädt und Jean Kren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.
42
Mädchen
vom
andern Ende
der Welt
(Samoa).

Kaiser-Panorama
(Passage).
Zum ersten Male:
V. Reise nach Konstantinopel u. Athen. Erste Wanderung durch d. malerische holsteinische Schweiz.
Eine Reise nur 20 Pf. Tausende Abonnenten.

Castan's Panopticum.
!! Neueste Illusion !!
Allerseelen.
Die syrischen Fechter.
Die Sünde.

Kaufmann's Variété-Theater.
Königsstraße, Kolonnaden.
Sensationeller Erfolg des neuen Programms!
Um 10 Uhr:
Die pikante und tolle **Farleske**
Coulissen-Geheimnisse.
Arthur Fränkel, Henny Schmid, Edi Blum, mehr braucht man nicht zu sagen!!! das genügt.

Apollo-Theater
Täglich das sensationelle und vollständig neue Dezember-Programm.
Stürmischer Erfolg der unvergleichlichen
Duclerc
und des schwedischen Damenquintetts „Düring“
und sammt. Kunstkräfte I. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112.
Heute, Freitag, den 6. Dezember: Vorlechts Soiree (vor Weihnachten) der
Stettiner Sänger
(Meyssl, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Sonntag: Extra-Soiree im Böhmisches Brauhaus.
Sonntag: Concerthaus Sanssouci.

Am Dienstag, nachmittags 1 1/2 Uhr, entließ sanft nach langen, schweren, in Geduld ertragenen Leiden, mein innigstgeliebter Mann und unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser
1888
Carl Grohmann,
im 41. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakobikirchhofes am Kollberg aus statt. Dies zeigt schmerzhaft an
Die trauernde Wittwe und Kinder
Marie Grohmann.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Heu! Heu!
Auf Helgoland!
Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Richard u. Schmasow. Musik von R. Martin.
Riesen-Programm.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 6 Uhr.
Entree 10 Pf., 30 Pf.
R. Winkler.

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Fronnestr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Johann Harting, Piederfänger. Fr. Berger, Lieder- und Balzerfängerin. Franz Feld, Gesangshumorist. Fr. Marion, Kostümbrette. Gust. Conrad, Charakter-Komiker. Geschw. Tilly, Duettisten.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Neu! Angely-Gertiny-Trio Neu!
die besten fliegenden Hochturner am patentirten Luft-Apparat, dazu das neue große 15. Dezember-Programm.
Spezialitäten.
Anfang Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
Das Theater ist gut geheilt.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Neer & Co. in Hamburg ist soeben erschienen:
Der
Neue Welt-Kalender
für 1896.
Zwanzigster Jahrgang.

Inhalt:
Kalendarium. — Holmeten u. — Gwiglets-Kalender. — Trachtgeleits u. Gräts-Kalender. — Streckfälle im Deutschen Reich im Jahre 1895. — Deutsche Auswanderer 1895-94. — Bildnis. — Wollen und Märkte. — Im Reichthum des Jahres. — Ein Wärtner. — Erzählung von Robert Schwindel (mit Illustrationen). — Bauern und arme Leute zur Zeit der deutschen Reformation. — Von Ranzes Witz. — Gwiglet. Gedicht von Ludwig Bollen. — Ein Bild aus dem von Deutschland. — Gedicht von W. Hebrich. — Am Meer. Gedicht von Jenny Colm. — Johannes' Erfahrungen. Erzählung von W. Banger (mit Illustrationen). — Allerlei Geschichtliches und Sozialwissenschaftliches über die Japaner. Von Bruno Geiser. — Die Schicht am Morgen. Gedicht von Rob. Schmeißel (mit Illustration). — Das Licht der Zukunft. Von Dr. G. E. E. (mit Illustrationen). — Die Gesundheitspflege des Kindes. Von Dr. S. S. S. — Jüdische Höhen u. Tiefenverhältnisse. Von G. H. H. (mit Illustration). — Das neue Reichthumsgedächtnis. Von L. Schindler (mit Illustrationen). — Ein Kapitel Kriegsgeschichte. Von W. W. W. — Die gute, alte Zeit. Eine kulturhistorische Skizze von H. W. W. — Saat und Ernte. Gedicht von Jenny Colm. — Aus der Geschichte der preussischen Volkshaus. Von W. W. W. — Ein Sohn des Volkes. Von W. W. W. (mit Verfall). — Die drei Kofse. Russische Volksparabel, erzählt von W. W. W. — Für und nicht freudlos. Gedicht von W. W. W. — Fliegende Blätter. — Witzel u. z. z. — Gering vier Kupfer:
Staubkapf. — Das Erb der Skandin. — Japanische Mädchen bei der Tier-Ente. — Menoerungsdorsuche.
Ein farbiges Bild: Wer lassen (mit Gedicht). Ein Wandkalender.
Preis 40 Pfennig.
zu beziehen durch die Buchhandlung des „Vorwärts“

Arbeitsanjüge W. Pahr, Braunnstr. 112 35782
Trauringe
veell, Dulaten gestempelt 980, 2 Dulaten 92,50, 1 1/2 Dulaten 17,50. Alle anderen Goldfachen ebenso veell.
Gebr. **Hugo Lemke,** 1840.
Anugstrasse Nr. 91, part., nahe der Draniensburger Straße.

Arbeiter-Sängerbund
Berlins und Umgegend.
Laut Beschluß der letzten Ausschuss-Sitzung findet das Stiftungsfest des Bundes am 14. Dezember, abds. 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (Tipp) statt. Nur Mitglieder mit ihren Damen haben gegen Zahlung von 10 Pf. Eintritt. Nach dem Konzert Tanz ohne jede Nachzahlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.
(Zahlstelle Berlin.)
Bezirks-Versammlungen.
Osten. Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Nielt, Weberstraße 17.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Joh. Klein über: „Der wirtschaftliche Kampf der englischen Arbeiterbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Nichtmitglieder haben auch Zutritt.

Moabit. Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidtke, Stromstraße 28.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schöpflin über: „Sind wir Arbeiter Menschen?“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen, auch der Nichtmitglieder, erwünscht.

Süden u. Südosten. Montag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstraße 180:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Was fordern wir?
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die Ortsverwaltung.
Heute, Freitag, bei Schöning, Stallschreiberstraße 29: Sitzung des Ortsverwaltung.

Achtung! Kürschner.
Große öffentliche Versammlung
am Sonnabend, 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Säulenhause, Eimiesstr. 5.
Tages-Ordnung:
1. Welches soll unser nächstes Ziel sein? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Die Vertrauenspersonen.

Zimmerer.
Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal Annenstrasse 16:
Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerer und verw. Berufsgeoffen (Zahlstelle Berlin).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Motzner über „die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung wird punkte 10 1/4 Uhr eröffnet. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Maurer
Zahlstelle Berlin I (Puhler).
Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 11 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstrasse No. 20:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn J. Timm über: „Die Preisfächter der modernen Arbeiterklasse“. 2. Wichtige Vereinsfachen. 3. Besuche die Mitglieder, zu dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte.

Verband der Bauarbeiter u. Berufsg. Deutschl.
Zahlstelle Berlin. 32/1
Sonntag, 8. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, im Etablissement Südost, Waldemarstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Klassenjustiz und Moral. Referent Genosse Dr. Pinn. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen.
Der Bevollmächtigte.

Achtung! Tischler-Verein.
Die zum Sonnabend, den 7. Dezember geplante Versammlung kann Umständen halber nicht stattfinden. Jedoch ist die Bibliothek von 8 1/2 Uhr abends geöffnet, auch werden Beiträge durch den Kassirer daselbst entgegengenommen.
Sonnabend, den 14. Dezember, Weichstr. 15:
Generalversammlung
198/3 Der Vorstand.

Butter und Käse
empfehlen Freunden u. Genossen billigt
Weberstr. 16 und Gerichtr. 31.
6 Pfund Albrecht's
Prof für
50 Pfennig Bäckerei,
liefert Wrangol-Strasse 8.
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.
Christbaum-Confect
reizende Neuheiten nur genießb. Waare
1 Kiste Inhalt ca. 480 Stk. 2,50 M.
1 Kiste Inhalt ca. 270 große Stücke 3 M.
Siegfried Brock, Gollnowstr. 10a.
Unfallfaden, Klagen, Eingaben, Putzger, Steglitzerstr. 65

Zahnärztliche Poliklinik
Nixdorf, Bergstr. 12, 2 Tr.
Sprechst. : 8-9 1/2 Uhr (auch Sonntags)
Strickmoll-Reste, Gephyr, Rodwolke zu Partiepreisen sehr Holzmarktstr. 60, Hof links 1 Tr.

alte Stiefeln, ausw. Bestellung u. billig Rammsstr. 72, Runge. 16845

Arbeitsmarkt.
Anastatische Druck
Lithograph auf Relouche geübt, Steindruck mit obigem Druck vertraut, sofort gesucht, Simeonstr. 18.
Farbige Macher finden lohnende Beschäftigung **Hugo Naucke & Co.**
Zigarrenmacher, der selbst Wickel macht, nach Ausherbild gesucht. Zu erfragen bei **Schwartz,** Brunnenstr. 194.
Wir suchen einen tüchtigen Sadrirer. **Otto Grund & Co.,** 1677b
Firmenschilder-Fabrik, Fischerbrücke 25.
Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Wollenwarenhauses Gebr. Grumach, Königstrasse 57a, bei.

Arm und Reich.

Der Arbeit ABC.

Bilderbuch für große und kleine Kinder auf gefärbter Etern. 27 farbige, 5 schwarze Bilder. Erzählungen, Gedichte, Spiele etc. (Groß-Quart-format.) Gegen 60 Pf. in Briefmarken franko.

Neu! Vortrag- und Coupletbuch (32 Seiten) 10 Pf. (Porto 3 Pf.). Neu! Taschen-Sparbank (öffnet sich erst wenn voll) 50 Pf. (Porto 10 Pf.).

50 Pf.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Kataloge gratis und franko. 1686b
A. Hoffmann's Verlag,
 Berlin O., Blumenstrasse 14. Telephon VII 3028.
 Neu: „Der Denunziant“ in 4 Bänden.
 Vexir-Cigaretten-Etui 50 Pf. (Porto 20 Pf.).

Stempel. Neu! Stempel-Setzkasten, Datumstempel, Schablonen, Abzeichen, Gravirungen.



Waschet und badet Eure Kinder nur mit
Karol Weil's Lanolinseife.
 Preis 10 Pfg. Ueberall käuflich. 3805L*
 Nur echt mit unserer Firma **Karol Weil & Co.**

Großer Weihnachts-Ausverkauf.
 Manufaktur-, Woll-Waaren, Weiss-Wäsche.
Vollständiger Ausverkauf
 der **Herren-Confection.**
 Spottbillige aber nur **streng feste Preise.** (3889L*)
Charlottenburg Hermann Laskau Nchf., Charlottenburg
 Berlinerstr. 94a. Inhaber **A. Spiro.** Scharrenstr. 1.

Spaten-Bier.
 Ich empfehle mein
helles Lagerbier,
 das in München seit fünf Monaten mit grossem und sich immer noch steigendem Erfolge ausgeschänkt wird und auch in Berlin und in der Provinz bei seinem ersten Auftreten den besten Anklang gefunden hat, neben meinem wohlbekannten
braunen Lagerbier
 zur geneigten Abnahme.
Gabriel Sedlmayr, Brauerei zum Spaten, München.
 (Abgabe in Gebinden und Flaschen.)
Kellerei Berlin W., Französischestrasse 19.
 Ausschank in den Berliner Special-Ausschankstellen: im eigenen Hause Friedrichstrasse 172 (H. Branco), bei **G. Frohnhöfer, Potsdamerstrasse 30, J. Löwe, Spittelhallen, Spittelmarkt 14** und Niederwallstrasse 23, sowie in zahlreichen anderen Restaurants. 3893L*

Kaufen Sie nicht
 anderwärts, bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die „billigste Bezugsquelle für Hüte“ ist, und nur streng echte Waare bei reichhaltigster Auswahl geliefert wird:
 Herrenhüte steif und weich 2,- 2,50 3,- 3,50
 do. in 8. Haaritz 3,- 3,50 4,- 4,50
 do. in Loden 1,25 1,50 1,75 2,- 2,50 3,-
 Kinderhüte 1,- 1,25 1,50 2,- 2,50
 Constanzenhüte 1,50 1,75 2,- 2,50
 Cylinderhüte 4,- 6,- 7,50 9,- 11,-
 in Fabrikkontoir bei **Oscar Arnold**
 am Granienplatz (heute Loden).
Dresdenerstr. 116
 Kontrollmarken - Hüte zu sehr billigen Preisen.

Rixdorf. J. Krakauer, Rixdorf.
Bergstrasse No. 30/31.
 Den Arbeitern empfehle ich meine
Herren- und Knaben-Garderobe
 zu äusserst realen Preisen und bitte um geneigten Zuspruch. - Bestellungen nach Mass werden unter Garantie des Gutgehens sauber und elegant ausgeführt.

R. Buske (seefeld) früher Kaiser Wilhelmstrasse 18 M,
 2. Eing. Grenadierstrasse 33.
 Grosse u. kleine Säle, mehrere Vereinszimmer, Kegelbahnen, Billard. 38212*

Rohrtabak.
 Grösste Auswahl! Billigste Preise
 Sämtliche Fabrikations-Utenilien.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.
Achtung! Kein Laden!
 Schirme u. Spazierstöcke äusserst billig. Reparaturwerkstatt im Hause.
J. Richter, Stettinerstr. 19, prt.

C. Diesing, Schuhmacher-Meister,
 Berlin, 38872*
 Pringel-Strasse Nr. 96.
Grösstes Schuhwaaren-Geschäft
 Seit 25 Jahren etabliert.
 Nur Handarbeit zu billigen Preisen, unter Garantie. Bestellungen nach Mass.

Kinderwagenbazar Max Brinner
 Jerusalemstr. 42 u. Brunnenstr. 6.
Großer Puppenwagen-Weihnachts-Ausverkauf, ausserordentlich billig, (von 1,20 M. an).
Stieglitz, Finken 1 Markt, Feißige, Pauschel etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts ankomme.
 16786 **Paul Paeschel, Götterstr. 50.**

Seine anerkannt vorzüglichen
Mehlsorten,
 per Pfund von 10 bis 18 Pf., sowie alle Backzutaten billigst, empfiehlt
P. Herrguth, Müllerstr. 180,
 Wedding-Platz, 38912*
 gegenüber der Post.
Schankgeschäft
 mit voller Konzeption umhänderhalber billig zu verkaufen. Abg. nachmittags von 2-3 Uhr bei Gottschling, Blumenstrasse 14, 2 Treppen. 16890b

Achtung!
 Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theils wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödöden bei Bestellung umsonst.
Gundel, Danzigerplatz 2, Gsaffnerstr. 12.

Brockhaus', Meyer's
 Lexikon, Bremen's Tierleben, Weltgeschichten, Bücher, ganze Bibliotheken kauft Antiquariat Kochstr. 56, 1.



Kinderwagen-Bazar „Baby“
 Hauptgesch.: Landsbergerstr. 70 (am Alexanderplatz).
 Filialen: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr., Reinischendorferstr. 2a, Marktalle; Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 52a.

„Vorwärts“
 Beliebter (38548*)
Berliner Bitter.
R. Hubert,
 W., Göbenstrasse 21.

Bitte lesen Sie!
 Da ich große Posten auf Auktionen sehr billig gekauft habe, empfehle ich jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Paletots,** Anzügen, Mänteln, Joppen, einzelnen Jaquets, Hosen, Westen, ferner Arbeitsanzügen billig und gut kaufen will, mein bekanntes reichhaltiges Lager von Herren- und Knaben-Garderoben aller Art zu enorm billigen Preisen.
A. Wergien,
 Schneidermeister, 3515L*
127 Stalitzerstrasse 127.
 Bestellungen nach Mass werden gut und billig ausgeführt.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

1a. Blütenhonig, garantiert reiner Bienenhonig (Schlender- u. Veldhonig), Postfakt. 9/2 Pfd. nur M. 6,-. Versandt franco Nachnahme. Galde-scheibenhonig 80 Pf. & Pfd. Verpackung frei! 25 Mal prämiert, viele hundert Anerkennungen. Meyer's Zinkerei, Oberhobe b. Waldrode.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
 Gustav Ludwig, Berlin S., Tempelhofer 40.
 Verleiht gegen Nachnahme (nicht unter 10 M.) garant. neue vorzügl. Feder-Bettfedern, 2 Pfd. 55 Pf. Galddunen, 4 Pfd. 1,25, 6 weisse Galddunen, 8 Pfd. 1,75, vorzügliche Daunend. 8 Pfd. 2,55.
 Von diesen Daunend. genügen 2 Pfund zum grössten Oberbett.
 Verpackung und nicht berechnet.

Sophastoff-Becke
 in Aipo, Damast, Cröpe, Phantast, Gobelin und Plüsch spottbillig!
 Proben franko!
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Läuferhölle Emil Lefèvre, Berlin S., Granienstrasse 158.

Fritz Wilke,
 Andreasstr. 26, 3807L*
 (nahe Schles. Bahnhof) empfiehlt sein
Restaurant,
 sowie Saal für 200 Personen, Vereinszimmer, Kegelbahn und **Fremden-Logis.**
 Telephon: Amt VII, Nr. 3459.

Th. Boltz' Festsäle,
 S., Alte Jakob-Strasse 75.
 Amt I, 1082. 3813L*
 Garpfle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu konstantesten Bedingungen.
Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c.

Soeben erschienen: **Arbeiter-Verkehrs-Almanach** für Berlin und Umgebung.
 Winter-Ausgabe 1895/96. Mit einem Plan von Berlin. Preis 20 Pf.
 Enthaltend die neuesten Fahrpläne, Adressen der Organisationen u. s. w.
 Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-spediteure, sowie vom Verlage: **Hans Baake, Berlin S., City-Passage**

Soeben erschienen und durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen:
Aus ländlichen Hütten.
 Dargestellt von **Henrik Fontoppidan.**
 In ebenso schlichter wie ergreifender Weise schildert Fontoppidan's Erzählungen Schicksale von Dorfbewohnern, die in den Eigenthümlichkeiten des ländlichen Lebens wurzeln und zerfielen unnachlässiglich die Tugenden derer, die das Leben der Bauern und Landarbeiter als ein wahres Glückseligkeitsideal zu schildern bemüht sind. Das Buch verspricht dauernden Genuss jedem, der sich seiner Lektüre widmet.
 Elegant broschirt 1,- M., in Calico eleg. geb. 1,50 M.

Charles Darwin.
 Eine populäre Darstellung seines Lebens von **Harald Hoffetig,** Professor an der Universität Kopenhagen.
 In leicht verständlicher Sprache giebt die Schrift das Leben Darwin's im Zusammenhang mit der Entstehung und Darstellung seiner Theorien. Kein Arbeiter wird das Buch aus den Händen legen, ohne eine Bereicherung seines Wissens und seines Erkenntnisvermögens dadurch erlangt zu haben. Ein ebenso originelles wie charakteristisches Bild Darwin's dient der Schrift zu dauerndem Schmuck.
 Elegant broschirt 50 Pf.
 Beide Bücher sind vorzüglich zu Festgeschenken in Arbeiterkreisen geeignet. 3890L*
B. Heymann's Verlag, Berlin C. 19, Niederwallstrasse 13.

Arbeiter, Parteigenossen!
 Die ausgesperrten Schuhmacher Burgen haben hier **Invalidentraße Nr. 112, Ecke Chausseestrasse,** eine Verkaufsstelle errichtet und führen nur gute und reelle Waare zu billigsten Preisen.
 Wir bitten die Genossen, uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.
Burger Genossenschafts-Schuhfabrik.

14. Brunnen-Strasse 14.
Billigste Bezugsquelle
 für Mehl, Mühlenfabrikate, Süßlenfrüchte u. Kolonialwaaren im Spezial-Geschäft **Lust & Co.**
14. Brunnen-Strasse 14.
 Berlin N. 3764L*
 Bei Bestellungen von 3 M. an franco Versand, auch nach den Vororten. Nach ausserhalb franko Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.
 Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Echt Honsdorfer Likör,
 à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.
Echten alten Nordhäuser, à Liter 1,- M., 5 Liter 4,50 M.
Ingber, Getreidekummel, Wachholder, à 2. 1 M., 5 L. 4,50 M.
Rimbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. 3809L*
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.,
 6a Hellenplan-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
 8 Oranienstr. 9. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Original-Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80;
 Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Achtung! Arbeiter! Achtung!
 Um auch dem Unbemittelten Gelegenheit zu geben, sich den Genuss des von allen Ärzten empfohlenen Cognacs zu verschaffen, gebe ich von heute an einzelne Flaschen meiner
 stadtbekanntesten, garantiert naturreinen Cognacs, welche aus französischem Weindekstillat hergestellt sind und frei von Essenzen, ätherischen Oelen oder sonstigen Surrogaten sind, zu Engrospreisen an die Arbeiterschaft ab.
 Es kostet: die 1/2 Liter-Originalflasche Cognac type fine borderie 1,25 M. Ladenpreis das doppelte! 3851L*
J. Henschel, Cognac Distillery (System Charente)
 SW., Jerusalemstr. 66. Fernsprecher: Amt IV 3012.
 Der Verkauf findet im Komptoir Hof links parterre statt.